

GEWALT BERLIN GEGEN GEWALT

Berliner Forum Gewaltprävention



Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Berliner Forum Gewaltprävention

INTOLERANZ



BETÄUBT DIE SINNE

**Plakatwettbewerb
der Landeskommission Berlin gegen Gewalt
für ein respektvolles Miteinander gegen
Rechtsextremismus
„Vielfalt entdecken. Neugier empfinden.
Zusammenhalt stärken. – Mach mit!“**

Nr. 37

Impressum:

Berliner Forum Gewaltprävention

Das BFG erscheint unregelmäßig. Es wendet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, Verwaltungen, Verbänden und an die interessierte Öffentlichkeit als Forum zur Diskussion und Information über Prävention.

Herausgeberin:

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Vorsitzender:

Staatssekretär Thomas Härtel

c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport
Klosterstr. 47, 10179 Berlin-Mitte

Telefon: (030) 9027 – 2913

Telefax: (030) 9027 – 2921

E-Mail: Manuela.Bohlemann@SeninnSport.Berlin.de

Internet:

www.berlin-gegen-gewalt.de

Redaktion:

Ute Vialet, Hiltrun Hütsch-Seide

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

Nachdrucke sind nur mit Quellenangabe gestattet und bedürfen der Zustimmung der Autorin oder des Autors.

ISSN 1617 - 0253

V.i.S.d.P.:

Stephan Voß

Nr. 37, 2009, 11. Jahrgang,

Gestaltung: Gudrun Hommers

Druckauflage: 3000 Exemplare

Druck:

MOTIV OFFSET Druckerei



Inhaltsverzeichnis

Thomas Härtel

Vorwort

3

Ute Vialet

Der Wettbewerb

5

Die Bilder der Preisträgerinnen und Preisträger

9

aus den Grundschulen

- Konfliktlotsenteam der Platanengrundschule
„Mit uns ist die Zukunft bunt – komm mit!“

aus der Sekundarstufe I

- Kristina Kortmann „Auch Worte können verletzen“
- Marcus Rene Fähnrich „Worte könnten das verhindern“
- Ali Hassan „Wer schlägt, ist zu schwach zum Reden...“
- Lupe Linthe, Claudia Schmidt, Daniela Nagy, Freya Astrup
„Ich glaub’ meine Grauzone juckt...“

aus der Sekundarstufe II

- Livia Ochmann „Intoleranz betäubt die Sinne“
- Lisanne Bieber, Eldena Belloff „Muss das sein?
Das ist unfair!!“

Jörg Kayser, Hans-Carl Weber

Plakate – Schnittstelle zwischen Kunst und Politik

17

Monika Brodehl

Vielfalt entdecken. Neugier empfinden. – Mach mit!

19

Michael Rump-Räuber

Standpunkt beziehen und Handeln – ein Beitrag zur gewaltpräventiven Funktion von politischer Bildung in den Schulen

27

Dr. Wolfgang Beutel

Demokratie lernen und Demokratisch Handeln – eine kulturelle und pädagogische Herausforderung an die Schule

32

Trille Schünke

Das Schülernetzwerk MuT

35

Gedanken zum Plakatwettbewerb von Schülerinnen und Schülern

36

Margarete Loosen-Krämer

Plakatwettbewerb „Berlin gegen Gewalt“, Sommer 2008

43

Vera Chadour, Rolf Teubner

Bildhaft – Handreichungen für junge Künstler und Pädagogen

44

Bildergalerie

47

Autorenverzeichnis

87

Literaturübersicht

88

Thomas Härtel

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2008 registrierte das Berliner Landeskriminalamt in seinem Bericht „**Politisch motivierte Kriminalität – Rechts**“ 1377 gemeldete Straftaten. Zwar wurden im Vergleich zum Vorjahr weniger rechtsextreme Straftaten begangen, die Zahl rechter Gewalttaten ist jedoch um 17 Fälle auf 91 angestiegen. Gemäß Definition fallen unter die rechtsextremistischen Gewalttaten neben Körperverletzungen, Brandstiftungen etc. auch Tötungsdelikte. In Berlin ereigneten sich im Jahr 2008 insgesamt drei versuchte Tötungsdelikte. So wurde beispielsweise im März 2008 ein dunkelhäutiger Mitbürger mit fremdenfeindlichen und rassistischen Äußerungen beleidigt und vor einen einfahrenden S-Bahnzug geworfen. Nur mit Hilfe Dritter konnte er sich aus dem Gleisbett retten. Alle vorgenannten Taten wurden dank der professionellen Ermittlungsarbeit der Polizei und der stringenten Aufgabenerfüllung der Justiz schnell aufgeklärt, in allen Fällen ergingen bereits Urteile. Die Gefahr der politisch rechts motivierten Kriminalität darf nicht unterschätzt werden. Daher gilt es, alle gesellschaftlichen Kräfte zur Bekämpfung solcher Straftaten zu mobilisieren, um bereits im Vorfeld derartiges zu verhindern.

Der Berliner Senat und die Landeskommission Berlin gegen Gewalt nehmen das Thema der Prävention gegen Rechtsextremismus sehr ernst und sind auf diesem Gebiet in vielerlei Weise aktiv. Im Juni 2008 hat der Berliner Senat eine Landeskonzeption gegen „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ beschlossen. Zur Begleitung der Landeskonzeption und zur Reaktion auf aktuelle Problemlagen besteht ein ausgedehntes Beratungsnetzwerk. Ihm gehören staatliche Stellen, private Organisationen und Wissenschaftler an. Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt ist Mitglied dieses Netzwerkes. Zudem wurde ein „Ratschlag für Demokratie“ eingerichtet, in dem herausgehobene Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens öffentlichkeitswirksam sich für Pluralität und Demokratie einsetzen. Ebenso besteht ein umfassendes Förderprogramm für Projekte gegen Rechtsextremismus. Dieses wird kontinuierlich fortentwickelt.

Der Plakatwettbewerb der Landeskommission Berlin gegen Gewalt für ein respektvolles Miteinander gegen Rechtsextremismus mit dem Titel: „Vielfalt entdecken. Neugier empfinden. Zusammenhalt stärken. – Mach mit!“ im Jahr 2008 ist eine schulpädagogische Maßnahme, mit der rechtsextremistischen und anderen intoleranten Einstellungen und Verhaltensweisen entgegen gewirkt und gleichzeitig das interkulturelle Interesse junger Menschen gefördert wird. Je früher ein respektvolles und offenes Verhalten von Kindern unterstützt wird, umso nachhaltiger wird die erreichte Wirkung sein.

Der Plakatwettbewerb 2008 ist der dritte Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler, den die Landeskommission Berlin gegen Gewalt im Rahmen ihres Engagements zum Thema „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus“ durchführte. Das Ergebnis ist in höchstem Maße erfreulich. 75 Bilder, darunter viele künstlerisch hochwertige Kreationen, wurden eingereicht. Schülerinnen und Schüler aller Schulstufen haben sich in ihren Plakatentwürfen mit dem Thema in unterschiedlicher Weise auseinander gesetzt und ihre Erfahrungen und ihre Ideen hierzu in einem künstlerischen Prozess bearbeitet. Die Bilder tragen auf sehr individuelle Weise zur Förderung von Verständnis, Toleranz und Neugier gegenüber Menschen verschiedener ethnischer oder kultureller Herkunft, Religion, politischer Einstellung, sozialer Lage oder sexueller Orientierung bei. Sie alle sind ein Plädoyer für eine fruchtbare Gemeinschaft von Menschen mit unterschiedlichen Lebensweisen.

Am 25. November 2008 habe ich die ausgelobten Preise im Berliner Adria Filmpalast verliehen. Die Kinder und Jugendlichen haben die dort gebotene Möglichkeit, etwas über ihre Bilder zu

erzählen, gerne genutzt. Jedem Beitrag wurde vom Publikum mit großem Interesse zugehört. Alle Bilder wurden mit beträchtlicher Anerkennung gewürdigt.

Im Dezember 2008 wurde der mit dem 1. Preis für die Sekundarstufe II prämierte Plakatentwurf mit dem Titel „Intoleranz betäubt die Sinne“ von Livia Ochmann, Schülerin der Katholischen Schule St. Marien, im Berliner U-Bahn-Netz plakatiert. Das Plakat hat dort großes Interesse geweckt und die Thematik in das Bewusstsein einer breiten Bevölkerung gebracht. Darüber hinaus haben wir mit allen Bildern, die prämiert wurden, eine Wanderausstellung eingerichtet, die bei der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt ausgeliehen werden kann. Wie wollen so über die Präsentation der Bilder in wechselnden öffentlichen Räumen wie Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen praktischen Anstoß geben für einen fortlaufenden Diskurs der Thematik in all ihren Facetten und in verschiedenen Bevölkerungsteilen. Die prämierten Plakatentwürfe haben wir auch ins Internet gestellt (www.berlin-gegen-gewalt.de).

Mit der vorliegenden Ausgabe des Berliner Forums Gewaltprävention legt die Landeskommision Berlin gegen Gewalt die zehnte Publikation zum Thema „Rechtsextremismus“ in der von ihr herausgegebenen Reihe Berliner Forum Gewaltprävention (BFG) vor. In diesem Band ist eine Bildergalerie mit allen eingereichten Plakatentwürfen enthalten. Einige Schülerinnen und Schüler haben ihre Gedanken über den Wettbewerb, über die Entstehungsprozesse und Diskussionsschwerpunkte im Rahmen der Entwicklung ihrer Bilder dargestellt. Ebenso interessant ist der Bericht einer Kunstlehrerin, die ihre Schüler auf dem Weg der Gestaltung eines Plakates von der Idee bis zum fertigen Produkt begleitet hat. Das Schülernetzwerk MuT berichtet über seine Aktivitäten gegen Rechtsextremismus. Weitere Fachartikel berühren folgende Themen: die künstlerische Bearbeitung politischer Themen im Unterricht, die gewaltpräventive Funktion von politischer Bildung, Demokratie Lernen als pädagogische Herausforderung sowie die Arbeit der Landesstelle für Gleichbehandlung – Gegen Diskriminierung (Antidiskriminierungsstelle). Auch durch diese Beiträge wollen wir dazu beitragen, die Auseinandersetzung mit dieser wichtigen Thematik wach zu halten und Beispiele geben, auf welche vielfältige Weise sie lebendig gestaltet werden kann. Eine hilfreiche Handreichung für junge Künstler/innen und Pädagogen/innen hat die Mediathek der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V (RAA) entwickelt. Die Bibliographie reicht von Kunstpädagogik bis Graffiti, über Kinder-Malwettbewerb-Kataloge, Lehrer/innenfortbildung bis zu einer Karikaturenausstellung. Beim Lesen und Betrachten des Berliner Forums Gewaltprävention wünsche ich Ihnen viel Freude.

Angesichts der vielen Werke, die im Rahmen des Plakatwettbewerbs für ein respektvolles Miteinander gegen Rechtsextremismus entstanden sind, und angesichts des dahinter stehenden Engagements bin ich zuversichtlich, dass die Empathie und das soziale Engagement der jungen Generation, wofür die Ergebnisse unserer Initiative einen erfreulichen Beweis bieten, zukünftig in weite Kreise der Gesellschaft hineingetragen werden. Dies Ziel zu erreichen, war unser vorrangiges Anliegen.

Ich bedanke mich bei allen Schülerinnen und Schülern für die interessanten und ausdrucksstarken Plakatentwürfe, bei den Lehrerinnen und Lehrern, die hierfür ihre Unterstützung gegeben haben, bei den Mitgliedern der Jury, die die schwierige Aufgabe der Auswahl übernommen haben, und bei allen anderen, die den Wettbewerb unterstützt und dafür geworben haben, sowie wie bei allen Autorinnen und Autoren, die einen Beitrag zu dieser Publikation geleistet haben. Allen Künstlerinnen und Künstlern wünsche ich viel Spaß beim kreativen Gestalten und weiterhin viel Erfolg.

Thomas Härtel
Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt
Staatssekretär für Sport

Ute Violet

Der Wettbewerb

„Vielfalt entdecken. Neugier empfinden. Zusammenhalt stärken. Mach mit!“ Unter diesem Motto initiierte die Landeskommission Berlin gegen Gewalt im Jahr 2008 für alle Berliner Schülerinnen und Schüler einen Plakatwettbewerb.

Das Anliegen des Wettbewerbs

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt hält es für wichtig, das interkulturelle Lernen zu fördern und zu würdigen.

Kontakte zwischen verschiedenen Menschen werden erst durch persönliches Kennenlernen lebendig.

Kennenlernen bedeutet, gemeinsam Zeit zu verbringen, sich auf andere Menschen einzulassen, die eigene und die fremde Lebenswelt besser zu verstehen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der eigenen und der fremden Lebensgeschichte und Tradition zu entdecken. Verschiedenheit kann als Ressource erlebt werden.

Ein Hineindenken in verschiedene Kulturen und Lebensentwürfe sowie Erfahrungen im Kontakt mit dem Gegenüber können die Jugendlichen bereichern, ihr Interesse wecken und ihre Fähigkeit zu Empathie und zu einem respektvollen Miteinander stärken.

Der Wettbewerb soll junge Menschen dazu ermuntern, die Vielfalt ihrer Lebenswelt zu entdecken, Neugier für das Andere in der Begegnung mit Menschen zu entwickeln, ihre Erfahrungen zu reflektieren und in einem kreativen Prozess zu bearbeiten.

Der Plakatwettbewerb dient so der Förderung von Verständnis, Toleranz und Neugier gegenüber Menschen verschiedener ethnischer oder kultureller Herkunft, mit verschiedener Religion, politischer Einstellung, sozialer Lage und sexueller Orientierung. Er steht für ein klares Bekenntnis zu der weltoffenen, multikulturellen Stadt Berlin.

Ausschreibung und Teilnahme

Der Wettbewerb war für alle Berliner Schülerinnen und Schüler ausgeschrieben. Beteiligt haben sich aus dem Grundschulbereich fünf Schülerinnen und Schüler, 32 aus der Sekundarstufe I und 41 aus der Sekundarstufe II. Es wurden insgesamt 75 Bilder als Einzel- oder Gruppenarbeiten eingereicht.

An dem Wettbewerb haben sich Schülerinnen und Schüler der folgenden Schulen beteiligt:

- Christburg-Grundschule
- die Ferdinand-Freiligrath-Schule
- die Freie Evangelische Christburgschule
- das Hannah-Arendt-Gymnasium
- das John-Lennon-Gymnasium
- die Katholische Schule St. Marien
- die Marie-Curie-Oberschule
- die Menzel-Oberschule
- das Oberstufenzentrum der Marcel-Breuer-Schule
- die Platanengrundschule und
- die Waldorfschule Mitte.

Die Plakatentwürfe enthielten Bilder, Zeichnungen, Fotografien, Collagen, zum Teil mit Texten in Form von Titeln, Schlagwörtern oder Argumenten.

Die Jury

Der unabhängigen Jury gehörten die folgenden Mitglieder an:

- **Simin Amini**, Schülerin der Max-Beckmann-Oberschule, ehemalige Schulsprecherin, zweimalige Preisträgerin beim Wettbewerb Demokratisch Handeln
- **Monika Brodehl**, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung
- **Britta Kollberg**, Geschäftsführerin der RAA Berlin, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e.V.
- **Elke Schlemmer**, Kunstpädagogin, Meisterschülerin einer berühmten Kunsthochschule, in der Jugendkunstschule Mitte für den Bereich Photographie zuständig
- **Gerhard Teuscher**, Film- und Medienpädagoge beim Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg und beim Medienforum der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Dozent in der Lehrer/innenfortbildung, Autor, Begutachter von Filmen für die Schule, forschte über NS-Propagandafilme etc.
- **Koray Yilmaz-Günay**, Vorstandsmitglied der Gays & Lesbians aus der Türkei (gladt) e.V.

Die Jury hat insgesamt sechs Hauptpreise und einen Anerkennungspreis vergeben. Die Preise wurden für die Bereiche Grundschulen, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II getrennt vergeben.

Die Ehrung

Im Berliner Adria Filmpalast fand am 25. November 2008 die Preisverleihung statt. Zu den Feierlichkeiten wurden alle Bewerber/innen des Wettbewerbs eingeladen. Im Rahmen einer Ausstellung wurden alle Plakatentwürfe präsentiert. Der Vorsitzende der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, Staatssekretär Thomas Härtel, übergab die Urkunden und Blumen an die Schüler/innen, deren Bilder prämiert wurden. Währenddessen wurden die prämierten Bilder an die Leinwand projiziert. Die Preisträger/innen erhielten auch Geld- und Sachpreise. Die Sachpreise wurden von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, von Hertha BSC und von der S-Bahn Berlin GmbH gestiftet. Manche Preisträger/innen erzählten von der Entstehung ihres Bildes. Zu den zwei 1. Preisen wurde von jeweils einem Jury-Mitglied eine Laudatio gehalten.

... und danach

Das Gewinnerplakat „Intoleranz betäubt die Sinne“ von Livia Ochmann wurde im Jahr 2008 im U-Bahn-Bereich plakatiert. Es wurde zunächst Berliner Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen sowie über zweihundert Projekten gegen Rechtsextremismus zum Aushang zur Verfügung gestellt. Die prämierten Plakatentwürfe wurden ins Internet gestellt (www.berlin-gegen-gewalt.de). Darüber hinaus hat die Landeskommission Berlin gegen Gewalt eine Wanderausstellung mit den prämierten Bildern erstellt, die von interessierten Schulen, Jugendeinrichtungen, Behörden und Projekten ausgeliehen werden kann.

Die Preisträgerinnen und Preisträger

Grundschulen

Die Jury hat einen Hauptpreis, und zwar einen 1. Preis vergeben:

1. Preis:

Gemeinschaftsarbeit des Konfliktlotsenteams
der Platanengrundschule
für das Bild „Mit uns ist die Zukunft bunt – Komm mit!“

„Das Bild der Grundschüler/innen spricht nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene an. Es ist kunstvoll und zeugt von Liebe zum Detail. Die Schüler/innen haben sich die künstlerische Sprache des Plakats zu Eigen gemacht. Text und Bild passen zu- und beziehen sich auf einander. Das Plakat ist selbst so bunt, wie sein Text die Zukunft ankündigt, es nutzt eine Vielfalt an Materialien und Farben.

Hier geht es um Berlin und seine Bewohner, Gäste, Pendler – Leute nicht nur verschiedener Herkunft, sondern mit unterschiedlichen Frisuren, Kleidungsstilen und wahrscheinlich auch Lebensformen. Ihnen naht sich ein Zug, in den der Betrachter wie die Wartenden gern einsteigen will: knallig bunt, hell und glitzernd. Wahrscheinlich ist schon die Fahrt fröhlich und aufregend ebenso wie das Ziel. Vielleicht auch mal konfliktvoll – auf jeden Fall ist es kein gerader, glatter Weg, die Kurven im Bild machen deutlich: Die Fahrt wird abenteuerlich und abwechslungsreich.

Aber die Gestalter sprechen vom Wir: 'mit uns'. *Wir* sind so vielfältig, bunt, gestaltungsfreudig. Und wir – das sind alle auf dem Bild: 'mit uns'. Das Plakat hat einen klaren Bezug zum Thema und vermittelt eine positive Grundstimmung, Freude und Hoffnung. Symbolträchtig fährt der glanzvoll gestaltete Zug nach oben. Das Bild hat einen hohen Aufforderungscharakter. So wirkt die Einladung auf den Betrachter tatsächlich: Komm mit!“

Laudatio von Britta Kollberg, Geschäftsführerin der RAA Berlin, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e.V.

Sekundarstufe I

Die Jury hat drei gleichberechtigte dritte Preise und einen Anerkennungspreis vergeben:

3. Preis

Kristina Kortmann
Schülerin der Ferdinand-Freiligrath-Schule,
für das Bild mit dem Titel „Auch Worte können verletzen“

3. Preis

Marcus Rene Fähnrich
Schüler der Ferdinand-Freiligrath-Schule,
für das Bild mit dem Titel „Worte könnten das verhindern“

3. Preis

Ali Hassan
Schüler der Ferdinand-Freiligrath-Schule,
für das Bild mit dem Titel „Wer schlägt, ist zu schwach zum Reden...“

Anerkennungspreis

Lupe Linthe,
Claudia Schmidt,
Daniela Nagy,
Freya Astrup
Schüler/innen des John-Lennon-Gymnasiums
für das Bild mit dem Titel „Ich glaub’ meine Grauzone juckt...“

Sekundarstufe II

Die Jury hat einen 1. Preis und einen 2. Preis vergeben.

1. Preis

Livia Ochmann
Schülerin der Katholischen Schule St. Marien
für das Bild mit dem Titel „Intoleranz betäubt die Sinne“

„Das Bild vermittelt die klare Botschaft 'Intoleranz betäubt die Sinne'. Es regt zur Reflexion an und kann verschiedenste tiefgründige Assoziationen hervorrufen, z. B. kann der bandagierte, verletzt wirkende Kopf bedeuten: 'Mit Intoleranz verletze ich mich selbst. Ich bin verletzt, wenn ich mich durch Intoleranz meiner Sinne beraube.'

Das ausdrucksstarke Bild wirkt nicht anklagend, sondern zeigt auf eindringliche Weise, wie Menschen sich durch Intoleranz auch selbst Schaden zufügen. Das Bild stellt eindrucksvoll das Sich-Verschließen eines Menschen vor unerwünschten Reizen oder Informationen dar.

Es könnte eine moderne Darstellung des symbolträchtigen Affen sein, der nichts sieht, nichts hört und nicht spricht.

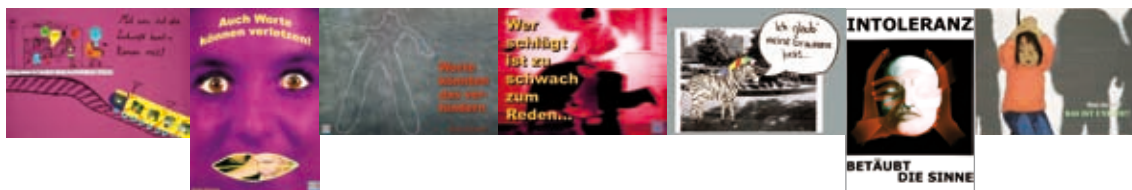
Der Kopf auf dem Bild kann jeder sein. Ebenso kann jegliche Art von Intoleranz gemeint sein.“

Laudatio von Simin Amini, Schülerin der Max-Beckmann-Oberschule, ehemalige Schulsprecherin, zweimalige Preisträgerin beim Wettbewerb Demokratisch Handeln.

2. Preis

Lisanne Bieber, Eldena Belloff
Schülerinnen des Oberstufenzentrums
der Marcel-Breuer-Schule
für das Bild mit dem Titel „Muss das sein? Das ist unfair!!“

Das Gewinnerplakat erhalten Sie bei der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Klosterstr. 47, 10179 Berlin, Tel. 9027-2913/2918, e-mail: Manuela.Bohlemann@seninnsport.berlin.de
Dort können Sie ebenfalls die Wanderausstellung mit den prämierten Bildern ausleihen.



DIE BILDER DER PREISTRÄGERINNEN UND PREISTRÄGER

GRUNDSCHULE – 1. PREIS¹



Konfliktlotsenteam
Platanengrundschule

¹ Für die Grundschulen wurde ein 1. Preis vergeben.

SEKUNDARSTUFE I – 3. PREIS¹



Kristina Kortmann
Schülerin der Ferdinand-Freiligrath-Schule

¹ Für die Sek I wurden drei Mal ein 3. Preis sowie ein Anerkennungspreis vergeben.

SEKUNDARSTUFE I – 3. PREIS



Marcus Rene Fährrich
Schüler der Ferdinand-Freiligrath-Schule

SEKUNDARSTUFE I – 3. PREIS



Ali Hassan

Schüler der Ferdinand-Freiligrath-Schule

SEKUNDARSTUFE I – ANERKENNUNGSPREIS



Lupe Linthe, Claudia Schmidt, Daniela Nagy, Freya Astrup
Schüler/innen des John-Lennon-Gymnasiums

SEKUNDARSTUFE II – 1. PREIS¹

INTOLERANZ



BETÄUBT DIE SINNE

Livia Ochmann

Schülerin der Katholischen Schule St. Marien

¹ Für die Sek II wurden ein 1. Preis und ein 2. Preis vergeben.

SEKUNDARSTUFE II – 2. PREIS



Lisanne Bieber, Eldena Belloff
Schülerinnen des Oberstufenzentrums
der Marcel-Breuer-Schule

Jörg Kayser und Carl-Heinz Weber

Plakate – Schnittstelle zwischen Kunst und Politik

Plakate verdichten.

Meinungen, Positionen, Sichtweisen und Urteile werden auf den Punkt gebracht.

Bilden Plakate politische Urteile im Prozess oder am Ende gedanklicher Überlegungen ab, so kommt ihnen eine besondere Bedeutung zu: Ein Urteil wird zu einer visuellen Botschaft, die zu weiteren Auseinandersetzungen auffordert – manchmal fast nötigt.

Ein wirksames Plakat provoziert, weckt Interesse, macht aufmerksam, sowohl mit formalen als auch mit inhaltlichen Mitteln.

Dabei ist die künstlerische Gestaltung eines Plakates in der Regel mehr als bloße Illustration einer zuvor gefassten Aussageabsicht, sondern im Gestaltungsprozess überlagern und ergänzen sich sinnlich-konkrete und geistig-abstrakte Handlungen. Unabhängig von der Beschaffenheit des Ergebnisses ist also bereits die Konzeption und Gestaltung eines Plakates ein Erkenntnisakt von eigenständigem Wert.

Doch wovon hängt nun die Überzeugungskraft, die Wirksamkeit eines Plakates auf andere, auf den Betrachter ab?

Sicher gibt es im Bereich der Plakatgestaltung „Grundregeln“ bei Komposition, Farbgebung, Schriftgestaltung, von denen die visuelle Eindringlichkeit eines Plakates abhängt – ob sie denn nun intuitiv oder ganz gezielt eingesetzt werden. Eine Weiterentwicklung der Gestaltungskompetenz bedarf deswegen auch in jedem Falle einer gezielten Förderung, hier liegt eine wichtige Aufgabe ästhetischer Erziehung an der Schnittstelle von Politik und Kunst.

Ein Repertoire gestalterischer Mittel ist jedoch nur die Grundlage, auf der sich individuelle Einfälle entfalten können. Für ein wirklich überzeugendes Plakat ist ein „Funke“ erforderlich, ein „Witz“, wobei aus Kunst oder Medien Bekanntes – und hier hat die Rolle der digitalen Bilderwelt enorm an Bedeutung gewonnen – mit einer unverwechselbaren Besonderheit, einem Regelverstoß oder einer Irritation verbunden wird.

Das Verdichten komplexer, inhaltlicher Überlegungen und das Einnehmen von klaren Positionen zu einem politischen Thema erfordern in der Regel Tiefgang, Offenheit und Mut.

Es braucht zunächst umfangreiche und differenzierte Betrachtungen, um die für ein wirksames Plakat notwendige Fokussierung auf eine oder wenige zentrale Aussagen zu erreichen. Ansonsten drohen Oberflächlichkeit, Bedeutungslosigkeit oder Fehldeutung. Auch nach der Erstellung sind die eigenen Gedanken und Urteile immer wieder neu zu prüfen und nach der Veröffentlichung sind die Positionen und Reaktionen Anderer wahrzunehmen und teilweise auszuhalten.

Erscheint es zunächst nicht besonders schwer, sich gegen Rechtsextremismus und für ein Miteinander einzusetzen, so gilt das bei jungen Menschen vielleicht für verbale Äußerungen in geschützten Räumen, z.B. im Politikunterricht der Schule oder im Freundeskreis. Doch mit einem Plakat wird die eigene Subjektivität und hier die Stellungnahme für demokratische Werte sichtbar. Werte, die von Jugendlichen zwar in Anspruch genommen werden, aber auch häufig eher den Erwachsenen bzw. deren „System“ zugeschrieben werden.

Das Plakat wird mit seiner Veröffentlichung selbst zu einem politischen Gegenstand, zum Dokument des eigenen Interesses an der Gesellschaft und ihren Entwicklungen. Junge Menschen können mit einer visuellen Botschaft anregen, auffordern, mahnen, offen legen, teilnehmen und beeinflussen. Sie übernehmen gesellschaftliche Verantwortung und verlassen damit grundsätzlich den Schonraum der Anonymität, besonders wenn sie sich gegen Rechtsextremismus wenden. Dafür haben sie Respekt, Anerkennung, Schutz und Unterstützung verdient.

Jörg Kayser und Hans-Carl Weber sind Seminarleiter in den Schulpraktischen Seminaren Reinickendorf (vormals Hauptamtliche Fachseminarleiter für Geschichte,/Politik/Sozialkunde und Bildende Kunst)

Monika Brodehl

„Vielfalt entdecken. Neugier empfinden. – Mach mit!“

- I -

Besuchten uns heute Zeitreisende, sagen wir aus den noch nicht so fernen 1950er Jahren, vermutlich rieben sie sich verblüfft Augen und Ohren: Sie stünden in einer sich als äußerst liberal und tolerant verstehenden, individualisierten Gesellschaft, wo Menschen die ihnen genehmen Lebensweisen selbstbestimmt wählen können und sexuelle Minderheiten (1) oder behinderte Menschen (2) sich bereits weitgehend aus ihrem schattenhaften Nischendasein befreit haben und selbstbewusst ihre Rechte oder ihre besonderen Bedarfe einfordern.

...Und erst die Frauen - sie haben nicht nur eine vormals nicht erdenkliche Gleichberechtigung erkämpft (der Bundeskanzler ist eine Bundeskanzlerin). Es dürfte sich wohl kaum ein gesellschaftlicher Bereich finden, der durch den Kampf der Frauen um Gleichstellung (3) nicht berührt worden wäre. Ehe, Familie, Partnerschaft, Frauenrolle, Männerrolle, Geschlechterverhältnis, Sexualverhalten, Erziehung, Wissenschaft usf. Wie durchschlagend beispielsweise der Kampf für geschlechtsneutral / geschlechtergerecht verwendete Sprache war, symbolisiert vielleicht am besten die Bibelübersetzung in geschlechtergerechter Sprache (4).

Ein neuer Ansatz in der Gleichstellungspolitik von Frauen und Männern ist das (nicht wörtlich übersetzbare) Gender Mainstreaming (5). Es setzt an dem Umstand an, dass die *soziale* Rolle als Frau wie auch die als Mann, durch Erziehung und Kultur *erlernt* wird. Das erlernte Rollenverhalten ist deshalb auch veränderbar (6). Als ein neues Element des Handelns in Verwaltungen bedeutet Gender Mainstreaming, dass mit Beginn eines jeden Vorhabens die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen *und* Männern in *sämtlichen* Politikfeldern von vornherein und routinemäßig zu berücksichtigen sind (z. B. bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften, bei Rechtsfolgenabschätzungen, bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit).

Wie konnte, so mögen unsere Besucher aus der Vergangenheit staunen, die Gesellschaft sich in den nur wenigen Jahrzehnten so deutlich verändern?

Wir dagegen können uns heute kaum noch vorstellen, dass in Deutschland bis in die 1970er Jahre Homosexualität ein Kündigungsgrund gewesen ist. Erst seit 2001 können gleichgeschlechtliche Paare die sog. „Homo-Ehe“ eingehen. Diese „eingetragene Lebenspartnerschaft“ ist zwar der Ehe (noch) nicht gleichgestellt, dieser aber deutlich angeglichen. Interessant ist, dass fast jede zweite Homo-Ehe von den Berliner Standesämtern als binationale Partnerschaft getraut wird.

Eine besondere Familienform, die Lesben, Schwule und Transgender (7) kreierte haben, ist die „Regenbogenfamilie“. Das gleichnamige Projekt des LSVD / MILES (8) berät z. B. bei Kinderwunsch von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Ziel ist es, Lesben, Schwule und ihre Kinder als gleichwertige Familien anzuerkennen und Kinder mit lesbischen und schwulen Eltern frei von Benachteiligungen und Anfeindungen aufwachsen zu lassen.

Neu ist die Etablierung einer Erinnerungskultur an erlittenes Unrecht und Demütigungen: Auf Beschluss der EU-Kommission wird seit 2007 der 17. Mai alljährlich als „Internationaler Tag gegen Homophobie“ (9) begangen. Er soll im Gedächtnis festhalten, dass die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Homosexualität erst 1990 an eben diesem Tag von der Liste der Geisteskrankheiten gestrichen hat.

In Berlin waren im Jahr 2006 335 000 Schwerbehinderte registriert. Ihre Bestrebungen nach Gleichberechtigung, Schutz vor Diskriminierung und Barrierefreiheit für geh- oder sehbehinderte Menschen hat sich in dem Berliner Landesgleichberechtigungsgesetz (10) niedergeschlagen. Sein Ziel ist, gleichwertige Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung herzustellen.

Die Schwierigkeiten behinderter Menschen, im ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, greift das Berliner Programm „Job 4000“ (11) auf. Es wendet sich auch an behinderte SchülerInnen. Mit „Job 4000“ sollen mehr Menschen mit Behinderung einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bekommen und möglichst dauerhaft eingestellt werden.

Zunächst haben sich Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen und chronischen Krankheiten durch Betroffeneninitiativen (12) Gehör bei den politisch Verantwortlichen und in der Öffentlichkeit verschafft. Heute ist die Vereinslandschaft allein in Berlin fast unübersehbar. Das schon genannte Berliner Gleichberechtigungsgesetz z. B. oder das Bundesgleichstellungsgesetz sind Früchte des jahrzehntelangen Engagements. Immerhin wurde auch erreicht, dass das Grundgesetz um den Satz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“, ergänzt wurde (Artikel 3 Abs.3 Satz 2).

Wenn wir uns noch einmal in die Zeitreisenden versetzen, sicher fiel ihnen die für uns bereits alltägliche „bunte“ Vielfalt der Menschen ins Auge. Die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen leben ihre unterschiedlichen Kulturen, sind Gläubige verschiedener Religionen oder eben atheistisch eingestellt. Wahrscheinlich wären sie fasziniert von den Menschen aus 'aller Herren Länder' und erstaunt darüber, dass die meisten bereits seit mehreren Generationen ihre Heimat in Deutschland gefunden haben.

Bemühen wir nun ein letztes Mal unsere Besucher aus der Vergangenheit. Sie mögen, wer weiß, den rechtlich und sozial erreichten Status von Minderheiten in unserer Gesellschaft als paradiesisch empfinden. Bei aller Bescheidenheit – auch wenn wir einer solch positiven Sicht selbstverständlich gleich mehrere, mit Büchern prall gefüllte Bibliotheken entgegensetzen würden, – sollten wir uns nicht doch, zumindest im Stillen, ein wenig darüber freuen?

Die zugewanderte Bevölkerung leistet einen wichtigen Beitrag zu der kulturellen Bereicherung unseres Landes und für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Aber erst die im Mikrozensus für Deutschland von 2005 durch das Statistische Bundesamt (13) neu aufgenommenen Fragen gestatten, ihren tatsächlichen Anteil an der Gesamtbevölkerung zu bestimmen. Mit den bisherigen Methoden wurden eingebürgerte Ausländer statistisch nicht erfasst, doch künftig können Planungs- und Entscheidungsprozesse sich endlich auf realistische und differenzierte Zahlen stützen.

Insgesamt zeigte der Mikrozensus, dass die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund (darin eingeschlossen hier residierende „Ausländer“) und auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung mehr als doppelt so hoch ist, wie die bis dahin angegebenen Ausländerzahlen: So stellen die Deutschen ohne Migrationshintergrund runde 81% (67,1 Millionen) der Bevölkerung, während Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer zusammen knapp 19% (= 15,3 Millionen) der Bevölkerung ausmachen.

Die zahlenmäßig stärksten Herkunftsländer sind: Türkei (14,2% aller Zugewanderten), Russische Föderation (9,4%), Polen (6,9%), Italien (4,2%), Rumänien sowie Serbien und Montenegro (jeweils 3,0%), Kroatien (2,6%), Bosnien und Herzegowina (2,3%) sowie Griechenland (2,2%) (vgl. S. 74ff).

Eine weitere Aufschlüsselung (14) zeigt die sehr unterschiedliche räumliche Ansiedlung der Menschen mit Migrationshintergrund: Allein im früheren Bundesgebiet und in Berlin lebten im Jahr 2005 96% der 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund.

In Großstädten ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung am höchsten, z. B. in Stuttgart 40%, in Frankfurt am Main 39,5%, in Nürnberg 37%.

Bei den unter 5jährigen Kindern hat knapp ein Drittel in Deutschland einen Migrationshintergrund. In einigen Städten liegt der Anteil der unter 5jährigen bei über 60%, z. B. Nürnberg (67%), Frankfurt (65%) sowie Düsseldorf und Stuttgart mit jeweils 64%.

Erstaunlich ist, dass zwar immerhin seit Anfang der 1980er Jahre, nach der Vorreiterrolle Berlins, auch andere Bundesländer Ausländerbeauftragte (wie sie damals noch hießen) einsetzten. An einen Nationalen Integrationsplan allerdings wagte die Bundesregierung sich erst im Jahr 2006 unter dem Motto „Gutes Zusammenleben – Klare Regeln“ (15). Inzwischen haben VertreterInnen aller staatlichen Ebenen sowie der wichtigsten nichtstaatlichen Organisationen und der Migrantinnen und Migranten gemeinsam den „Nationalen Integrationsplan“ (NAP) erarbeitet (16). Mit ihm sollen nach dem Willen der Bundesregierung, alle Integrationsbemühungen in Deutschland erstmals eine gemeinsame Grundlage haben.

Betont werden die klaren Ziele des Integrationsplanes und die rund 400 konkreten Maßnahmen und Selbstverpflichtungen von staatlicher und von nichtstaatlicher Seite. So will der Bund bspw. die Stundenzahl der Integrationskurse von 600 auf 900 erhöhen und es soll z. B. für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien in Schule und Ausbildung ein Netzwerk von „Bildungspaten“ aufgebaut werden. Die Wirtschaftsverbände haben z. B. zugesagt, jungen Migrantinnen und Migranten bessere Chancen bei der Ausbildung zu gewähren. Die erste Zwischenbilanz zum Nationalen Aktionsplan erfolgte im Jahr 2008.

In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung knapp und deutlich zur Integration Stellung bezogen: (17) Den folgenden Ausschnitt gebe ich im Wortlaut wieder:

„Integration ist eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Grundlage ist neben unseren Wertvorstellungen und unserem kulturellen Selbstverständnis die freiheitliche und demokratische Ordnung, wie sie sich aus der deutschen und europäischen Geschichte entwickelt hat und im Grundgesetz ihre verfassungsrechtliche Ausprägung findet.

Integration kann nicht verordnet werden. Sie erfordert Anstrengungen von allen, vom Staat und der Gesellschaft.

Maßgebend ist zum einen die Bereitschaft der Zuwanderer, sich auf ein Leben in unserer Gesellschaft einzulassen, unser Grundgesetz und unsere gesamte Rechtsordnung vorbehaltlos zu akzeptieren und insbesondere durch das Erlernen der deutschen Sprache ein sichtbares Zeichen der Zugehörigkeit zu Deutschland zu setzen.

Auf Seiten der Aufnahmegesellschaft sind Akzeptanz, Toleranz, zivilgesellschaftliches Engagement und die Bereitschaft unverzichtbar, Menschen, die rechtmäßig bei uns leben, ehrlich willkommen zu heißen: Integration – eine Chance für unser Land!

Die vielfältigen Begabungen von Zuwanderern sind bisher nicht immer ausreichend anerkannt und gefördert worden. Das will die Bundesregierung in Zukunft ändern. Alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben, sollen ihre Begabungen entfalten können und Sicherheit durch Bildung und Arbeit gewinnen.“

Für Berlin stellt Integrationsministerin Dr. Heidi Knaake-Werner die „hohe Bedeutung“ heraus, die der Integrationspolitik (18) beigemessen wird:

„Erfolge in der Integrationspolitik sind entscheidend für die Zukunft dieser Stadt.

Integrationspolitik ist Gesellschaftspolitik. Integration ist keine Einbahnstraße. Integration ist ein gesellschaftlicher Prozess, in dem die Mitglieder einer Gesellschaft eingebunden werden, indem sie gleiche Chancen, Möglichkeiten und Rechte haben müssen. In der politischen Debatte wird Integration immer mit Migrantinnen und Migranten verbunden. Tatsächlich geht es um mehr, nämlich gesellschaftliche Ausgrenzung von immer mehr Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben, aus Erwerbsarbeit, Kultur, sozialem Miteinander zu stoppen und aufzuheben.

Heute konzentrieren wir uns dennoch auf die notwendigen Schritte zur Integration der Gesellschaft mit und ohne Migrationshintergrund. Das ist ein zweiseitiger Prozess, der die Menschen mit genauso fordert wie die ohne Migrationsgeschichte. Es geht nicht um Anpassung, um Assimilation. Es geht um gemeinsame Veränderung und Integration, die von kultureller Vielfalt als gesellschaftlicher Bereicherung ausgeht (...).

Mit dem heutigen Integrationsgipfel wird der Startschuss gegeben für eine neue Diskussionsrunde zur Umsetzung des Berliner Integrationskonzeptes 2007.“

- II -

Wir haben oben an der „bunten“ gesellschaftlichen Vielfalt moderner Gesellschaften angeknüpft und uns rückblickend einige Eckpunkte des gesellschaftlichen Wandels vergegenwärtigt. Berlin versteht sich als Stadt mit „außergewöhnlicher Integrationskraft“, wie nicht nur die Geschichte gezeigt hat. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Klaus Wowereit*, verdeutlichte bei der Eröffnung des Berliner Integrationsgipfels 2007 ganz eindeutig, dass die Berliner Politik die in der Stadt lebenden Menschen (19) heute nicht mehr in In-länder und in Aus-länder aufteilt: Denn, ob mit oder ohne deutschen Pass – wir sind alle Berlinerinnen und Berliner. 13,2 Prozent der BerlinerInnen haben keine deutsche Staatsbürgerschaft. In unserer Stadt leben 120.000 Einwohner türkischer Herkunft, 100.000 aus EU-Ländern, über 20.000 aus Russland, eine große Gruppe stammt aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien, und, so *Wowereit* weiter, „viele Menschen in Berlin haben noch ganz andere und höchst unterschiedliche Wurzeln“ (20).

„Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ ist denn auch das Motto des vom Senat beschlossenen Integrationskonzeptes, das die Ziele der Berliner Integrationspolitik für die kommenden Jahre festlegt. Eine erste Zwischenbilanz ist für das Jahr 2009 zu erwarten. An dieser Stelle kann nicht weiter darauf eingegangen werden. Interessierten steht das Integrationskonzept als Download zur Verfügung. Die kostenlos erhältliche Broschüre des Integrationskonzeptes enthält außerdem einen umfangreichen Datenanhang (21). In den Worten der Sozialsenatorin *Dr. Knaake-Werner* sei Folgendes betont:

„Wir wollen, dass die Berliner Integrationspolitik mit den Migranten/-innen weiter entwickelt wird. Darum stehen gleichberechtigt neben den Senatsaussagen die Stellungnahmen von Expertinnen und Experten, die der Landesbeirat für Migrations- und Integrationsfragen in eigener Verantwortung bestimmt hat“ (22).

Es gab bislang allerdings keine Bündelung und keine, mehrere Merkmale von Diskriminierung umfassende Antidiskriminierungsstrategie. Zudem gibt es seit 2006 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das Menschen unterschiedlichen Geschlechts, Alters, Herkunft und Glaubens, Menschen verschiedener sexueller Orientierungen und Menschen mit Behinderungen vor Diskriminierung schützen soll.

Der Senat hat deshalb eine zentrale Antidiskriminierungsstelle (23) eingerichtet. Sie gehört zur Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und heißt kurz und bündig: *Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung*“ (*Antidiskriminierungsstelle*). Verweilen wir noch kurz beim AGG, bevor wir zu den Aufgaben der *Landesstelle* kommen.

Verstöße gegen das Gleichbehandlungsgebot können geahndet werden.

Von einer Diskriminierung spricht man,
wenn eine Person, in einer vergleichbaren Situation und ohne sachlichen Grund,
wegen eines der im AGG genannten Merkmale
weniger günstig als eine andere Person behandelt wird (*AGG)

Das AGG differenziert zwar noch weiter, aber diese kernige Definition soll an dieser Stelle genügen. Für weitergehende Informationen empfiehlt sich die sehr anschaulich aufbereitete Website der *Landesstelle* oder die des *Bundesministeriums für Justiz* zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz – AGG – (24).

Die jetzt folgenden kurzen Beschreibungen sollen typische Problemlagen für jedes der im AGG genannten Merkmale hervorheben.

Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft

Migranten und Migrantinnen machen immer wieder die Erfahrung, dass sie nur aufgrund ihres äußerlichen „Andersseins“ benachteiligt werden – selbst wenn sie hier geboren und aufgewachsen sind oder die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Ein „anderes“ Aussehen und ein fremdländischer Name genügen oft schon, eine Arbeitsstelle oder eine Wohnung nicht zu bekommen, in eine Disco nicht eingelassen zu werden oder sogar Gewalt ausgesetzt zu sein. In manchen Fällen vermischt sich die Ablehnung aus Gründen der Herkunft mit der Ablehnung der Religion, so dass die Diskriminierung beide Merkmale umfassen kann.

Diskriminierung aufgrund der Religion oder Weltanschauung

Häufig handelt es sich in diesen Diskriminierungsfällen gleichzeitig um eine Diskriminierung wegen der ethnischen Herkunft, wie es z. B. Muslime und Musliminnen erleben. In diesen Fällen kann z. B. die *Landesstelle* kontaktiert werden. Berlin verfügt über eine *Beauftragte für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften*. Auch diese kann in Ausnahmefällen hinzugezogen werden, obgleich sie nicht schwerpunktmäßig mit Einzelfällen von Ungleichbehandlung befasst ist (Kontakt über die *Landesstelle*).

Diskriminierung aufgrund einer Behinderung

Menschen mit einer Behinderung finden besonders schwer einen Arbeitsplatz, ihre Arbeitslosigkeit ist deutlich höher als die von Menschen ohne Behinderung. Liegt eine sichtbare Behinderung vor, wie z. B. bei Rollstuhlfahrer/innen, so kommt es immer wieder vor, dass sie z. B. aus Gaststätten ausgeschlossen werden oder ihnen eine Wohnung verweigert wird. In solchen Fällen kann ein Vorgehen nach dem AGG helfen.

Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität (für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen)

Lesben, Schwule und Transgender unterscheiden sich in ihrer sexuellen Identität von der heterosexuellen Mehrheit. Im Unterschied zu manch anderen Diskriminierungsmerkmalen (Hautfarbe, Geschlecht oder auch körperliche Behinderung) ist die sexuelle Orientierung einem Menschen

meistens nicht anzusehen. „Dumme“ Sprüche und abwertende Haltungen in der Gesellschaft – sogar in der eigenen Familie – machen ihnen oft das Leben schwer. Diskriminierungen finden im Alltag und in der Öffentlichkeit statt, aber auch dort, wo eingetragene Lebenspartner/innen – ohne oder mit Kindern – nicht denselben Zugang zu Waren und Dienstleistungen haben wie Eheleute und wo Menschen wegen ihrer sexuellen Identität oder ihrer gleichgeschlechtlichen Lebensweise im Berufsleben benachteiligt werden. Besonders schwierig kann die Zeit sein, in der sich jemand seiner sexuellen Identität bewusst wird (Coming-Out).

Diskriminierung aufgrund des Alters

Benachteiligungen wegen des Alters sind besonders häufig am Arbeitsmarkt anzutreffen. Auch bei der Kreditvergabe oder Versicherungsabschlüssen werden immer wieder ältere Menschen ausgegrenzt. Dagegen kann mit Hilfe des AGG vorgegangen werden. Ausgrenzungen am Arbeitsmarkt dagegen können oft nur in offensichtlichen Fällen unterbunden werden, weil häufig Beweise dafür fehlen. Wenn der Ausschluss jüngere Menschen trifft, gilt es zudem Schutzgesetze (z. B. das Kinder- und Jugendschutzgesetz) in die Bewertung einzubeziehen.

Wir können uns das AGG als eine Art soziale Verkehrsordnung vorstellen. Wer gegen die Verkehrsordnung verstößt, kann im Bußgeldkatalog nachschauen, was auf ihn zukommen kann. Nicht unterschätzt werden sollte, dass allein das Vorhandensein des AGG bereits Normen verdeutlichend in die Gesellschaft hineinwirkt. So dient es zugleich auch der Verbreitung von sozial erwünschtem Verhalten.

Zu den allgemeinen Aufgabenfeldern der *Landesstelle* zählen:

Gesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik für das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zu sensibilisieren,
Öffentlichkeitsarbeit zum AGG,
präventive Maßnahmen initiieren und fördern (z. B. Fortbildungen, Informationsmaterial),
eine netzwerkorientierte und bedarfsgerechte Selbsthilfe- und Beratungsinfrastruktur entwickeln und steuern,
die verschiedenen Verwaltungen bei einschlägigen Vorhaben unterstützen, z. B. beim Umsetzen des AGG, strukturelle Diskriminierungen abbauen, an Gesetzesinitiativen mitwirken,
die Datenlage über Diskriminierungsfälle im Land Berlin verbessern,
eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt fördern,
Beratungsangebote vermitteln, Anlaufstellen für Ratsuchende vermitteln.

Wir haben also das Glück, in der spannenden Zeit eines rasanten gesellschaftlichen Wandels zu leben. Wie der blitzlichtartige Schnelldurchlauf, den wir gerade hinter uns gebracht haben, zu zeigen versuchte, sind es die Menschen, die durch ihr gesellschaftliches Engagement die Veränderungen bewirkten, die in wenigen Dekaden Berlin, Deutschland und viele andere europäische Länder verändert hat. Wir stecken „mitten drin“ in diesem spannenden Prozess der Neuerungen. Setzen wir uns also ins Bild und bringen uns aktiv ein. Engagement lohnt sich!

Teil I

zu (1) mehr: Lesben- und Schwulenverband: <http://www.berlin.lsvd.de/cms/>
Gays & Lesbians aus der Türkei (GLadT)e.V. <http://www.gladt.de/>

zu (2) mehr: Der Berliner Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung:
<http://www.berlin.de/sen/ias/lb/>

- zu (3) mehr z.B. Senatsverwaltung für Frauen: <http://www.berlin.de/sen/frauen/landesdienst/index.html>; Bundesministerium für Frauen: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/gleichstellung.html>
- zu (4) Dr. Elisabeth Raiser. Einführung in die Bibel in gerechter Sprache zum Gottesdienst am 25. 2.2007 in der Ev. Friedenskirche Charlottenburg:
<http://www.bibel-in-gerechter-sprache.de/downloads/EinfuehrungRaiser1.pdf>;

Bibel in gerechter Sprache. Kritik eines umstrittenen Projekts:
http://www.bibelwerk.de/fileadmin/ev_dateien/DL-allgemein/schwienhorst_BiKi_1_07.pdf
- zu (5) mehr: Bundesministeriums f. Frauen: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/Gleichstellung/gender-mainstreaming.html>
- zu (6) „Gender Mainstreaming“. Politische Geschlechtsumwandlung. Volker Zastrow:
<http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E19A6FC7720554E81829007B25E33D7E4~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

„Wir nehmen den Jungs nicht die Autos weg!“ Ist Gender-Mainstreaming wirklich ein Umerziehungsprogramm? Susanne Baer, Leiterin „GenderKompetenzZentrum“:
<http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2007/02/22/a0214>
- zu (7) „Transgender“- Personen (auch „Transsexuelle genannt) stehen in ihrer sozialen Rolle „zwischen den Geschlechtern“.
Mehr: Sonntagsclub e.V.: http://www.sonntags-club.de/04_beratung/index.html

Bundestag 01.03.2007: Experten fordern eine Änderung des Transsexuellengesetzes aus den 1980iger Jahren: http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_052/02.html
- zu (8) mehr: Projekt Regenbogenfamilie http://www.berlin.lsvd.de/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=25&Itemid=60
- zu (9) mehr: Internationaler Tag gegen Homophobie <http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2007/05/15/77967/index.html>
- zu (10) mehr: Berliner Landesgleichberechtigungsgesetz: <http://www.berlin.de/lb/behi/auftrag/gleichberechtigungsgesetz.html>
- zu (11) mehr: Initiative Berlins „Job 4000“ <http://www.berlin.de/SenGesSozV/lageso/aktuell.htm>
- zu (12) mehr: Landesverband Selbsthilfe Berlin <http://www.lv-selbsthilfe-berlin.de/index.html>
- zu (13) Statistisches Bundesamt Deutschland: Presseexemplar. Ergebnisse des Mikrozensus 2005, S. 74f: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2006/Mikrozensus/Pressebrochure,property=file.pdf>
- zu (14) Statistisches Bundesamt Deutschland: Pressemitteilung Nr. 183 vom 04.05.2007: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2007/05/PD07__183__12521.psm1
- zu (15) Integrationsgipfel 2006: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2006/07/2006-07-12-integrationsgipfel-papier.html>

zu (16) Nationaler Integrationsplan Kurzfassung:
http://www.bmj.de/files/-/2322/2007-07-12-nationaler-integrationsplan_KURZFASSUNG.pdf

Bundesregierung: <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragtefuerIntegration/NationalerIntegrationsplan/nationaler-integrationsplan.html>

zu (17) Flyer Fördern und Fordern Integration – eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft:
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/ib-flyer-nip-deutsch-barrierefrei,property=publicationFile.pdf>

zu (18) Rede der Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner zum Berliner Integrationsgipfel am 22. Juni 2007: <http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2007/06/22/80554/index.html>

Teil II

zu (19) verständlich aufbereitete Daten rund um Wanderungs- und Integrationsprozesse in Berlin finden sich auf der Website des Berliner Beauftragten für Integration und Migration: <http://www.berlin.de/lb/intmig/statistik/index.html>

zu (20) Rede des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit zum Berliner Integrationsgipfel am 22. Juni 2007: <http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2007/06/22/80567/index.html>

zu (21) Berliner Integrationskonzept: <http://www.berlin.de/lb/intmig/integrationskonzept.html>

Die Broschüre „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken, das Berliner Integrationskonzept“ gibt es beim

Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration

Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin

Tel.: 030 / 90 17 23 51

E-Mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwalt-berlin.de (bei Postversand werden die Portokosten berechnet)

zu (22) Rede der Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner zum Berliner Integrationsgipfel am 22. Juni 2007: <http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2007/06/22/80554/index.html>

zu (23) Website Landesstelle für Gleichbehandlung – Gegen Diskriminierung (Antidiskriminierungsstelle): <http://www.berlin.de/sen/ias/ads/index.html>

zu (24) zum AGG finden sich gut aufbereitete Informationen auf der Website der Landesstelle: <http://www.berlin.de/lb/ads/agg/index.html>
und auf der des Bundesministeriums für Justiz: <http://www.bundesrecht.juris.de/agg/>

Monika Brodehl ist Mitarbeiterin der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit, Soziales, Landesstelle für Gleichbehandlung – Gegen Diskriminierung (Antidiskriminierungsstelle).

Michael Rump-Räuber

Standpunkt beziehen und Handeln – ein Beitrag zur gewaltpräventiven Funktion von politischer Bildung in den Schulen

Nach einer Studie des Kriminologischen Instituts Niedersachsen vom März 2009 sind rechtsextreme Gesinnungen unter deutschen Jugendlichen weiter verbreitet als vielfach angenommen. 14,4 Prozent der Jugendlichen, also etwa jeder siebte, sind der Erhebung zufolge als „sehr ausländerfeindlich“ einzustufen. Große Zustimmung fanden etwa Aussagen wie „Die meisten Ausländer sind kriminell.“ oder „Die in Deutschland lebenden Ausländer sind keine Bereicherung für die Kultur in Deutschland.“.

Das LISUM Berlin-Brandenburg setzt sich seit Jahren mit den Themenfeldern Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt auseinander und bietet dafür den Schulen konkrete Unterstützung an.

Die Unterstützungsangebote reichen von der Bereitstellung von Materialien über die Fortbildung bis hin zur konkreten Beratung von Multiplikator/innen; insbesondere in den Projekten „Standpunkte“, „Hands across the campus“ und „Aktiv gegen Antisemitismus“ wurden in Brandenburg und Berlin viele Beispiele für ein wirkungsvolles Umgehen mit dem Themenfeld Rechtsextremismus gesammelt.

Im Folgenden sind einige Hinweise aufgelistet, deren Beachtung Lehrkräften den Umgang mit rechtsextremen Äußerungen im Unterricht erleichtern kann.

Wahrnehmung

Der erste Schritt für eine Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Erscheinungen ist, wahrzunehmen, dass in der Klasse rechtsextreme Meinungen und Einstellungen existieren. Bekannte Dimensionen sind hierbei die Befürwortung einer Diktatur und die Ablehnung der Demokratie, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus. Erkennbar wird dies z. B. an rechten Meinungsäußerungen und rechtsextremen Parolen auf Tischen, Stühlen, in Toilettenräumen usw., dem Zeigen rechter Symbole, Fahnen, rassistischer Sprüche auf T-Shirts u. Ä.

Differenzierung

Die pädagogische Reaktion auf rechtsextremes Schülerverhalten sollte unterscheiden zwischen Provokationsverhalten gegenüber der Klasse oder der Lehrkraft, bei dem die rechtsextreme Lösung nur eine Schablone darstellt, um zu stören oder die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, und bewussten rechtsextremen ideologischen Positionen. Beide Verhaltensweisen sind nicht zu tolerieren und erfordern die Auseinandersetzung.

Verantwortung

Die pädagogische Strategie sollte darin bestehen, dass Schülerinnen und Schüler selbst Verantwortung in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Positionen übernehmen und sich in partizipativen Strukturen ein Regelwerk zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus erarbeiten.

Offene Kommunikation im Kollegium

Innerhalb des Kollegiums ist es wichtig, dass sich über das Beobachtete ausgetauscht wird. So kann sich der Einzelne vergewissern, ob seine Beobachtung richtig war. Außerdem hat er die Gelegenheit, seine Betroffenheit zu äußern und gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen zu überlegen, wie die Schule reagieren sollte.

Anwendung des Strafrechts und der Schulordnung

Strafrechtlich relevante Symbole sind nicht zu tolerieren. Schülerinnen und Schüler müssen darauf angesprochen werden. Gegebenenfalls ist eine Strafanzeige zu erstatten. Hakenkreuzschmiedereien sind immer zur Anzeige zu bringen, auch wenn sich der Täter zunächst nicht feststellen lässt oder der vermeintliche Täter noch nicht strafmündig ist. Auch bei strafrechtlich nicht relevanten Symbolen ist eine Reaktion der Lehrkraft wichtig. Den Schülerinnen und Schülern sollte signalisiert werden, dass man um die Bedeutung und über die transportierte Botschaft Bescheid weiß. In einem demokratischen Prozess kann eine Schulordnung erarbeitet werden, die das Zeigen rechtsextremer Symbolik verbietet. Da sich die rechtsextreme Symbolik und die Codes ständig verändern ist es wichtig, sich zur aktuellen Information Unterstützung von außen zu holen, zum Beispiel bei der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus.

Schutz der Opfer

Opfer müssen frühzeitig geschützt werden. Dieser Schutz beginnt schon mit dem Versuch des Mobbings oder der Ausgrenzung.

Rechtsextrem orientierte Jugendliche sollten in der Schule oder Klasse keine Ordnungsfunktionen übertragen bekommen, die es ihnen ermöglichen, ihren Einfluss auszubauen.

Wird eine einzelne Lehrkraft bedroht oder angegriffen, ist es notwendig, dass sich das gesamte Kollegium und die Schulleitung mit ihr öffentlich solidarisiert.

Elternarbeit und Unterstützung von außen

Eltern sind oft über rechtsextreme Meinungen ihrer Kinder nicht informiert. Viele Eltern, so die Erfahrungen aus „Elterninitiativen gegen Rechts“, kennen auch nicht die Freundschaften, mit denen ihre Kinder ihre Freizeit verbringen. Deshalb ist die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus wichtig. Bei rechtsextremistischen Äußerungen einer Schülerin bzw. eines Schülers sollten sich Lehrkräfte unbedingt mit dem Elternhaus in Verbindung setzen, um die Eltern über die Entwicklung ihres Kindes zu informieren und in ihnen Verbündete zu finden. Außerdem ist es sinnvoll, Eltern in Fortbildungsveranstaltungen aktuell über die Zugänge zur rechten Szene zu informieren, damit sie frühzeitig problematische Entwicklungen bei ihren Kindern erkennen können.

Ursachen des Rechtsextremismus und Präventionsstrategien

Erfolgreiche Strategien gegen den Rechtsextremismus setzen dort an, wo Rechtsextremismus entsteht. Ziel ist eine ursachenbezogene Prävention und Intervention. Es gibt verschiedene Ansätze, die versuchen, das Problem zu erklären.

Der Individualisierungsansatz sieht als Ursache die Herauslösung des Individuums aus seinen traditionellen Bindungen. Damit verbunden sind Chancen und Risiken.

Als Folge des Prozesses der Herauslösung entsteht ein Vakuum, in dem Platz geschaffen wird für einseitige und einfache Erklärungsmuster. Anerkennung und Zugehörigkeit wird bei männlichen Jugendlichen über Merkmale wie Hautfarbe und Nation in Verbindung zu traditionellen Männlichkeitsmustern wie Stärke, Freundschaft und Kameradschaft hergestellt. Gegenstrategien als Folge dieses Erklärungsversuchs setzen im Bereich der Identitätsstützung und der Anerkennungskultur an. Dazu gehören schulische Gelegenheitsstrukturen, in denen Schülerinnen und Schüler die Erfahrung effektiver politischer Partizipation machen können.

Nach dem konflikttheoretischen Erklärungsansatz entsteht Rechtsextremismus durch individuelle nicht verarbeitete Fremdheitserfahrungen und Konkurrenzsituationen in Verbindung mit fehlender gesellschaftlicher Anerkennung. Das erklärt, warum rechtsextreme Kampagnen wie „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ bei Jugendlichen, die sich gesellschaftlich ausgegrenzt fühlen, erfolgreich sein können.

Alternativen bieten schulische Lernarrangements, die zur Stärkung demokratischer Kompetenzen führen und der Ethnisierung sozialer Konflikte entgegenwirken.

Rechtsextreme Gewalt richtet sich oft gegen vermeintlich Schwächere und ist Ausdruck eines „autoritären Charakters“, der bei Jugendlichen in der rechtsextremen Szene vorherrschend ist. In Verbindung mit außerschulischen Partnern, wie der Jugendhilfe oder der Schulpsychologie, und

durch gezielte pädagogische bzw. therapeutische Arbeit ist das Ziel - eine positive Stabilisierung des eigenen Selbstwertgefühls - zu erreichen.

Weitere Erklärungsmuster liefert der geschlechtsspezifische Ansatz. Der Rechtsextremismus erklärt sich als eine Form männlicher Lebensbewältigung. In einer geschlechterreflektierenden pädagogischen Arbeit geht es vor allen Dingen um die Auseinandersetzung mit „herrschenden Männerbildern“ und den Abbau patriarchalischer Strukturen.

In den Biographien von Aussteigern aus der rechten Szene und der empirischen Rechtsextremismusforschung werden darüber hinaus folgende Risikofaktoren genannt:

- Ausgrenzungserfahrungen als Kind und als Jugendlicher durch die Familie,
- Gewalterfahrungen in der Familie und in der Kindheit
- Eigene Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft
- Schuldistanz und Schulprobleme
- Hoher Konformitätsdruck in der Clique
- Vorhandensein von Orientierungslosigkeit.

Diese Faktoren können die Entstehung und Verfestigung von Rechtsextremismus begünstigen. Gegen Rechtsextremismus kann es deshalb auch kein Patentrezept oder eine eindimensionale Strategie geben. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus kann nicht allein auf pädagogischer Ebene geleistet werden. Schule als Teil der Zivilgesellschaft erfordert Strategien, die eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung einschließen.

Ebenen der Prävention

In den Projekten des LISUM unterscheiden wir vier Präventionsebenen in der pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Die Grundprävention betrifft alle Kinder und Jugendliche und hat das Ziel einer Allgemeinen Lebenskompetenzförderung, durch Demokratiepädagogische Lernarrangements und Soziales Lernen.

Die Ebene der Primärintervention setzt themenspezifisch an. Ziel ist die Auseinandersetzung mit rechtsextremer Ideologie über Themen wie Demokratie, Partizipation, Umgang mit Konflikten etc. Die Stufe der Sekundärprävention setzt immer dann ein, wenn etwas Konkretes vorgefallen ist, das mit einzelnen oder innerhalb einer Gruppe thematisiert und aufgearbeitet werden muss. Dazu zählen die Methoden der Konfrontativen Pädagogik oder der Subversiven Verunsicherungspädagogik, aber auch des Antiaggressivitätstrainings.

Die Ebene der Tertiärprävention beschreibt die Wiedereingliederung auffällig gewordener Personen in das soziale System, z. B. durch Aussteigerprogramme oder den Täter-Opfer Ausgleich.

Konzepte der Prävention

Die schulischen Möglichkeiten liegen vorrangig im primärpräventiven Bereich als Teil der Demokratieerziehung. Für die schulische Präventionsarbeit haben sich folgende Handlungskonzepte bewährt:

Schülerinnen und Schüler sollen lernen, dass Konflikte zu modernen demokratischen Gesellschaften gehören und dass man den eigenen Standpunkt durchaus gewinnbringend im friedlichen Streit einbringen kann. Dies ist insbesondere die Aufgabe einer schulischen Lernkultur, die durch die Gestaltung des Schullebens und durch Kooperation mit seinen Akteuren sowie außerschulischen Partnern Gelegenheiten zur Partizipation, zur Übernahme von Verantwortung und zur Mitarbeit im Gemeinwesen bietet. Dazu gehören auch Aushandlungs-, Feedback- und Konfliktlösungsprozesse, die eine gemeinsame Verständigung über Erfahrungen im Unterricht oder in Situationen der Leistungsbewertung von Schüler/innen und Lehrkräften ermöglichen.

Politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit bleibt weiterhin eine der Hauptaufgaben der Schule. Diese darf sich allerdings nicht in Belehrungen erschöpfen. Vielmehr muss die Schule selbst zum demokratischen politischen Handeln in der Schule und ihrem Umfeld anregen. Hierzu können die verschiedenen Fächer, aber auch die Projektarbeit „Internationale Kontakte“ und das Schulleben insgesamt viel beitragen. Als fachübergreifende Aufgabe hat politische Bildung eine wichtige Aufklärungsfunktion, indem sie die Erfahrung ermöglicht, dass es in einer komplexen Welt erkennbare Strukturen und Zusammenhänge gibt, die zu beeinflussen sind.

Wirksam ist die Vermittlung von Einsichten und Erkenntnissen über Gesellschaft und Politik, die rechtsextremen Denkweisen widersprechen und so immunisierend wirken bzw. bei rechtsorientierten Jugendlichen kognitive Dissonanzen stiften können. Dazu bedarf es bestimmter Grundqualifikationen, z. B. der Empathiefähigkeit (Fähigkeit zum Perspektivenwechsel), der Rollendistanz (kritische Prüfung zugemuteter Anforderungen), der Ambiguitätstoleranz (Fähigkeit zum Ausbalancieren uneindeutiger Situationen) und der kommunikativen Kompetenz, die die Schule befördern kann.

Die Schule kann auch dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Kulturen gemeinsam miteinander und voneinander lernen. Dabei sollte Schule auf individuelle, auch problematische Erfahrungen in der Gesellschaft reagieren und darf sich nicht nur auf gemeinsame Feste beschränken. Die Palette der Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit ist vielfältig und reicht von der Beschäftigung mit anderen Ländern im Unterricht bis zur Verleihung des Prädikats „Schule ohne Rassismus“.

Zur pädagogischen Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen

Wenn die Ursache rechter Einstellungen in einem Gefühl der eigenen Ohnmacht und Schwäche besteht, sind tendenziell solche pädagogischen Strategien begrenzt, die diese nicht zu mindern versuchen. Wenn jemand Demokratie, Pluralität und Toleranz ablehnt, wird er kaum die Fähigkeit besitzen, sich durch die Aufforderung, Demokrat zu werden, zu verändern.

Nach Albert Scherr „[...] muss jeder Versuch Deutungsmuster, Vorurteile und Feindbilder durch Informationen und Argumente zu widerlegen, mit erheblichen Widerständen derjenigen rechnen, die so aufgeklärt werden sollen. Denn Jugendliche und Erwachsene entwickeln ihre Überzeugungen vor dem Hintergrund eigener alltagspraktischer Erfahrungen und der Deutungsangebote, die sie in den Massenmedien, in Familien und in Gleichaltrigengruppen vorfinden.“

„Bemühungen, die darauf gerichtet sind, den Widerstand gegen eine Infragestellung eigener Erfahrungen und Überzeugungen aufzubrechen, können folglich in eine Konfrontationsfalle geraten: Die Adressaten wehren dann Informationen und Argumente gerade deshalb ab, weil sie wahrnehmen, dass Pädagoginnen versuchen, auf sie einzuwirken und dies als einen illegitimen Versuch bewerten, sie zu beeinflussen.“

Nach Auffassung von Scherr und Heitmeyer sollte die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus bei rechtsextrem überzeugten Schülerinnen und Schülern in der Klasse eher auf der theoretischen Ebene erfolgen. Eine solche Herangehensweise bringt möglicherweise Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte nicht in die Situation, Schüler mit rechtsextremer Anschauung moralisch herabzusetzen. Eine Flucht ins Abblocken oder in den Zynismus wird somit umgangen.

Das gemeinsame Bemühen von Lehrkräften und Schülern, das Modell rechter Einstellungen zu erklären, ermöglicht einen gleichberechtigten Umgang miteinander. Auch rechtsextrem überzeugte Jugendliche können an einem solchen Unterricht teilnehmen, ohne befürchten zu müssen, moralisch desavouiert zu werden.

Um einer Mystifizierung des Rechtsextremismus entgegen zu wirken, ist es notwendig, dass Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten geboten werden, sich im Rahmen des Unterrichts mit authentischem Material der rechtsextremen Szene auseinander zu setzen. Dabei müssen Begriffe der Argumentation der rechten Szene entzaubert werden: Volksgemeinschaft, Volk, Staat, Nation, Gesellschaft. Durch die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Äußerungen sollte den Schülerinnen und Schülern klar werden, welche Konsequenzen die rechtsextremistischen Pläne für die eigene Lebensgestaltung haben würden.

Literatur:

Demokratie lernen – Zivilcourage zeigen, Praxishilfe zur Prävention von Rechtsextremismus, Kiel 2002.

Edelstein, Wolfgang: Demokratie als Praxis und Demokratie als Wert-Überlegungen zu einer demokratiepädagogisch aktiven Schule .In: Demokratie erfahrbar machen – demokratiepädagogische Beratung in der Schule. Ein Handbuch für Beraterinnen und Berater für Demokratiepädagogik, Hg. Landesinstitut für Schule und Medien Berlin- Brandenburg, 2007.

Heitmeyer, Wilhelm: Überlegungen zu Pädagogik und Fremdenfeindlichkeit: Je höher die Moralisierung, desto niedriger die Kommunikationschancen. In: Schubarth, Wilfried /Melzer, Wolfgang: Schule, Gewalt und Rechtsextremismus, 2. Aufl., Opladen 1995 S.190-195.

Hormel, Ulrike/Scherr, Albert: Bildung für die Einwanderungsgesellschaft, Bonn 2005, S.275ff.

Michael Rump-Räuber ist Referent für übergreifende Themenkomplexe am Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg.

Dr. Wolfgang Beutel

Demokratie lernen und Demokratisch Handeln – eine kulturelle und pädagogische Herausforderung an die Schule

Ein Beispiel: Das Anti-Gewalt-Fußballturnier

Der türkische Schulsprecher der Carl-von-Ossietzky-Oberschule in Berlin-Kreuzberg führt im Sommer 2007 mit einer Gruppe von Schülerinnen und Schülern ein „Anti-Gewalt-Fußballturnier“ durch. Gewaltprävention durch Fußball, Verständigung durch regelhaftes Spiel und sportlichen Wettkampf - das sind die motivierenden Ideen des Projekts. Natürlich spielt auch die Erinnerung an die gute Stimmung der Fußball-WM 2006 eine Rolle. Darüber hinaus ist Fußball sinnvolle Freizeitgestaltung, die Fitness und Gesundheit fördert sowie Kinder von der Straße holt. Der Schulsprecher und sein sechsköpfiges Team formulieren drei Teilnahmebedingungen für ihr Turnier: Erstens muss sich jede Klasse mit dem Thema „Toleranz, Anti-Gewalt und Anti-Rassismus etc.“ inhaltlich auseinandersetzen und ein Plakat dazu erstellen. Zweitens verpflichten sich alle Schüler per Unterschrift dazu, sich an einen gemeinsam entwickelten Ehrenkodex zu halten. Und drittens muss jede Klasse zwei Mädchen im Team aufstellen, von denen mindestens eines auf dem Spielfeld ist. Das Team sammelt die Plakate und stellt sie in der Sporthalle aus. Die Schüler organisieren die Hallennutzung, verhandeln mit der Firma „adidas“, die das Turnier schließlich als Sponsor unterstützt. Sie besorgen die Pokale, sprechen mit Lehrern eine Turnieraufsicht ab und überzeugen den Hausmeister, Überstunden für das Turnier zu leisten. Das Anti-Gewalt-Fußballturnier 2007 wird schließlich zu einem nachweislichen Erfolg auch in der Sache: Seither sinkt die Zahl von Gewalttaten an der Schule rapide. Das Unternehmen soll wiederholt werden!

Demokratiepädagogik braucht alle Lehrerinnen und Lehrer

Das Berliner Beispiel zeigt eine kreative Art, demokratische Grundwerte ganz praktisch und im Umfeld eigener Interessen zu vermitteln und auszuüben. Toleranz, gewaltfreier Umgang und Respekt im Blick auf kulturelle Vielfalt sind für die Schülerinnen und Schüler keine Schlagworte, sondern handlungsleitende Werte geworden. Bessere Gewaltprävention als solche, die in Schülerverantwortung gepflegt wird, kann es kaum geben. Das Berliner Projekt zeigt, dass Demokratie eine Frage kultureller Vielfalt und praktischer Kultur zugleich ist, die in der Schule gelernt und praktiziert werden muss.

Fünftehtausend Stunden ist der Mensch in den entwickelten westlichen Gesellschaften im Durchschnitt in der Schule, hat der Schulforscher Michael Rutter ausgerechnet. In dieser langen Lebenszeit soll er sowohl Wissen über, als auch Erfahrung mit der Demokratie erwerben. Wie kann das gelingen? Das Lernen von Demokratie und für Demokratie wird in der deutschen Schule häufig einseitig als Vermittlung von Schulwissen dem Fach Politik / Sozialkunde zugeordnet. Erfahrung mit der Demokratie und demokratische Werteerziehung muss sich aber darüber hinaus als grundlegende Aufgabe bei allem Lernen in den Fächern und bei der Förderung überfachlicher Kompetenzen verstehen lassen. Denn schon die Grundschule muss früh Verhältnisse etablieren, die die Erfahrung von Anerkennung und die Vermeidung von Ausschluss zum Normalfall machen. Erst vor dem Hintergrund einer demokratiepädagogisch abgesicherten Lern- und Lebenspraxis in der Grundschule können die nachfolgenden Schulen im Sekundarbereich mit einer auch auf Wissen und Kompetenzförderung ausgerichteten politischen Bildung und demokratischem Lernen beginnen und auf dieser demokratiepädagogischen Grundschularbeit aufbauen.

Doch auch in den Sekundarschulen ist kontinuierliche politische Bildung nicht immer gewährleistet - und selbst wenn sie vorhanden ist, reicht dieser Unterricht alleine nicht aus. Dessen Erweiterung um ein praktisches Lernen in fächerverbindenden Projekten und um Engagement und

Gestaltungsmöglichkeiten im Schulleben ist deshalb in allen Schulen notwendig. Entscheidend sind zunächst Fähigkeiten und Engagement von Lehrerinnen und Lehrern. Wenn Projekte die Fächergrenzen überschreiten, und erst recht, wenn sie über die Schule hinausgehen – also Brücken zur Wirklichkeit schlagen und an die großen Aufgaben öffentlicher Verantwortung heranführen – entstehen Anforderungen, Schwierigkeiten und gerade im politischen Raum unter Umständen Konflikte. Lehrerinnen und Lehrer müssen damit umgehen können. Sie müssen diese Konflikte ggf. auch pädagogisch fruchtbar machen. Hierfür sind sie nicht ausgebildet. Sie brauchen deshalb Unterstützung, Beratung und Hilfen. Hinzu kommt, dass politische Bildung und demokratische Erziehung zwar anerkanntermaßen zu den Grundaufgaben der Schule gehören, fachlich und professionell aber bisher in der Lehrerbildung noch nicht die Rolle spielen, die ihnen zukommt.

Professionalität des Lehrerhandelns und eine zugehörige Lehrerbildung

Damit Schülerinnen und Schüler Demokratie im Alltag von Schule und Lernen so erfahren und lernen, dass sie bei ihnen zu positiven demokratischen Einstellungen und Werthaltungen, zu einem anwendungsbereiten Wissen um die Demokratie sowie zur demokratischen Handlungskompetenz führen, brauchen wir Lehrerinnen und Lehrer, die eine grundlegende demokratiepädagogische Lehrkompetenz haben. Der Ausgangspunkt „demokratischer Lehr- und Handlungskompetenz“ ist nicht alleine eine Sache von individuellen Biografien, Bildungs- und Erfahrungskontexten, sondern eine wichtige (und fächerübergreifende) Aufgabe der Lehrerbildung: Die Auseinandersetzung mit der Schule als „demokratiepädagogisch gehaltvollem Lebens-, Lern- und Erfahrungsraum“ muss in allen Phasen der Lehrerbildung ein fester Bestandteil werden.

Ein Weiteres ist zu bedenken. Zu politischer Bildung gehören über Wissen und Urteilsfähigkeit hinaus der Aufbau demokratischer Gesinnung und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Überdauernde Einstellungen, Haltungen, wertgebundene Überzeugungen oder Motive werden allerdings nicht gelernt wie mathematische Lösungsstrategien, Vokabeln oder historische Zusammenhänge. Ob Kinder und Jugendliche Demokratie wichtig finden und für sie eintreten wollen, hängt davon ab, wie wichtig und wie selbstverständlich demokratische Überzeugungen und demokratisches Verhalten als Qualität des gelebten Alltags sind, in der Schule und über die Schule hinaus; es hängt davon ab, ob Demokratie nur als Lernstoff oder vielmehr als Lebensform erfahren wird. Von hier aus betrachtet geht es auch darum, die Schule als Teil der Zivilgesellschaft zu begreifen. Es geht also nicht allein um die unterrichtsbezogenen Leistungen der Schule und um den „Lernstoff“, sondern um die Schule insgesamt als Lebens- und Erfahrungsraum.

„Förderprogramm Demokratisch Handeln“ – Ein Wettbewerb zur Schulentwicklung

Der bundesweite Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ kann nicht nur durch seine Ziele, sondern auch durch seine Organisationsform zu einer zivilgesellschaftlich ausgerichteten Reform der Schule beitragen: Erstens verbindet das Förderprogramm durch seine Träger und Kooperationspartner fachliche und politische Öffentlichkeit miteinander; zweitens entspricht es durch das Zusammenwirken von Bund und Ländern dem demokratischen Föderalismus der Bundesrepublik und kann regional verankerte Praxis mit der Ausbildung übergreifender Qualitätsmaßstäbe verbinden; drittens bildet es durch die Beteiligung von Staat und Zivilgesellschaft die Art von „Public-Private-Partnership“, die wir zur Unterstützung und Begleitung der Schule heute und morgen brauchen. In diesem Programm wirken Bundesbildungsministerium, Länderkultusministerien, Stiftungen und zivilgesellschaftliche Partner zusammen.

Am Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ können Schülerinnen und Schüler alleine, in Gruppen oder zusammen mit Lehrenden aller Schularten und Schulstufen, auch mit Eltern und mit Jugendarbeitern teilnehmen. Es interessieren Themen und Projekte aus dem Alltag von Schule und Sozialarbeit, insbesondere solche, die eine eigenverantwortliche Tätigkeit der Schülerinnen und Schüler ermöglichen.

Seit 1990 sind in bislang neunzehn Ausschreibungen 3731 Projekte eingereicht worden. Pro Jahr ergibt dies bislang im Durchschnitt ca. 200 Beiträge und davon je 53, die durch die Lernstatt

Demokratie gefördert werden konnten. Die Teilnehmerquote stieg von 1990 – 2000 relativ stetig an und verbleibt seither auf einer Zahl von etwa 250 Einsendungen pro Jahr. Alle Projekte werden erfasst, dokumentiert und fachlich ausgewertet. An den Ausschreibungen haben sich Gruppen aller Schularten und Schulformen und aus allen Bundesländern beteiligt. Dabei sind Berliner Projekte anteilmäßig an vorderer Stelle dabei: 326 Projekte, also 8,8% von der Gesamtzahl, kommen aus den Schulen Berlins.

In den Projekten werden pädagogisch und politisch wichtige Themen in übertragbaren und wirksamen Formen des Lernens bearbeitet. Diese Themen sind: Demokratie in der Schule; Gewalt; das Zusammenleben und der Umgang mit Minderheiten; Umwelt und Umweltschutz; Auseinandersetzung mit der Geschichte, besonders der NS-Geschichte; Handeln in der kommunalen Öffentlichkeit. Seit Mitte 2004 erlaubt eine im Internet zugängliche Online-Datenbank die kriterien- und textbezogene Recherche und Information zu allen Projekten der bisherigen Ausschreibungsrunden. Diese Datenbank und weitere Informationsdienste unter www.demokratisch-handeln.de werden fortlaufend aktualisiert. Mit über 1000 Schulen und Projektgruppen ist bei der Lernstatt Demokratie und zahlreichen anderen Veranstaltungen, Fortbildungen und Ausstellungen zusammengearbeitet worden.

Berliner Schulen haben den Wettbewerb mit einer Fülle herausragender Ideen und guter Projekte bereichert. Für die Frage nach der demokratischen Erziehung lassen sich also auch in Berliner Schulen interessante Antworten finden. Es wäre wünschenswert, wenn diese schulnahe Form von Demokratisierung weitergeht - auch in den Schulen der Bundeshauptstadt.

Dr. Wolfgang Beutel ist Leiter der Geschäftsstelle des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“.

Trille Schünke

Das Schülernetzwerk MuT

Schülernetzwerk für Menschlichkeit und Toleranz

Die Mitglieder des Schülernetzwerks für Menschlichkeit und Toleranz (MuT) machen es sich zur Aufgabe, andere Schüler und Jugendliche über rechte Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Intoleranz aufzuklären.

Gegründet wurde das Schülernetzwerk im Jahr 2001 nach einer Gedenkstättenfahrt von Schülerinnen und Schülern aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Auf dieser Fahrt entstand durch Diskussionen und Gesprächsrunden, unter anderem auch mit Zeitzeugen, die Idee, ein Netzwerk zu gründen, um Ideen und Gedanken zur Prävention und Aufklärung von Rechtsextremismus zu realisieren.

Zunächst waren allerdings zu viele Schülerinnen und Schüler in dem neu entstandenen Netzwerk aktiv. Deswegen wurde entschieden, jeweils zwei „Abgeordnete“ pro Schule zu wählen, die ihre jeweilige Schule im Netzwerk vertreten sollten. Dieses System hat leider nicht funktioniert. Seitdem kann jede Schülerin und jeder Schüler an den Sitzungen des Netzwerkes teilnehmen.

Heute hat das Netzwerk ungefähr 15 Mitglieder von 5 Marzahn-Hellersdorfer Schulen, wie zum Beispiel der Rudolf-Virchow-Oberschule und dem Wilhelm-von-Siemens-Gymnasium.

Die Ziele des Netzwerkes liegen darin, insbesondere Schüler/innen und Lehrer/innen über rechte Symbole, Antisemitismus und Intoleranz aufzuklären und die Verbreitung von national-sozialistischem Gedankengut unter Jugendlichen zu verhindern.

Bei einigen Aktionen wird das Schülernetzwerk von dem Eltern-Lehrer-Netzwerk aus dem gleichen Bezirk unterstützt (Multiplikatoren-Prinzip), zum Beispiel, wenn eine Gedenkstättenfahrt nach Krakau/Auschwitz stattfindet.

Des Weiteren werden die Mitglieder von einem/einer Fsjler/in¹ bei der Organisation von ihren Projekten unterstützt.

Eines der aktuellsten Projekte des Schülernetzwerks ist die „Erste Hilfe gegen Nazis“. Dies ist ein Karton, der Informations- und Aufklärungsmaterial gegen Rechtsextremismus enthält. Die Idee dazu entstand im Jahr 2006, als die NPD ihre so genannten „Schulhof-CDs“ vermehrt an Schulen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf verteilte, um so Anhänger für ihre Partei zu gewinnen. In diesem Jahr wurde an fast jeder Schule im Bezirk Marzahn-Hellersdorf so ein Erste-Hilfe-Kasten verteilt. Im Jahr 2008 wurde die Aktion auf ganz Berlin ausgeweitet.

So wollen die Mitglieder des Schülernetzwerks Schüler und auch Lehrer über Rechtsextremismus aufklären.

Trille Schünke macht ihr freiwilliges Soziales Jahr. Ihre Einsatzstelle ist die Rudolf-Virchow-Oberschule/Schülernetzwerk MuT Kinderring Berlin e.V

1 Fsj= Freiwilliges soziales Jahr

Gedanken zum Plakatwettbewerb von Schülerinnen und Schülern

„Ich glaub meine Grauzone juckt!“



Ein Zebra? Warum denn ein Zebra?

Die Idee, die dahinter steckt, ist folgende: Unsere Gesellschaft ist geprägt durch Schwarz-Weiß-Denken. Jeder wird einer bestimmten Gruppe zugeordnet. Dies geschieht vielleicht nicht einmal mit Absicht und das ist wahrscheinlich das größte Problem. Wenn wir alle nur in vorgegebenen Schubladen denken, sind Konflikte vorprogrammiert. Unser Plakat soll die Menschen dazu ermutigen, über diese Grenzen hinwegzusehen, sie verwischen zu lassen. Zwischen schwarz und weiß muss eine graue Zone entstehen, die alle Bevölkerungsgruppen miteinander verbindet und den Übergang fließend macht. Für Schubladen-Denken sollte heute kein Platz mehr sein.

Claudia Schmidt, Schülerin des John-Lennon-Gymnasiums

„Unser Zukunftszug ohne Gewalt“



Zoè und ich, Isabell, wir sind Mitglieder der Konfliktlotsengruppe der Platanengrundschule im Stadtteil Buchholz. Wir bieten Kindern unserer Schule, die sich gestritten haben oder ein Problem haben, Gespräche und Lösungsmöglichkeiten an.

An unserer Schule gehen die Kinder in der Regel freundlich miteinander um. Gibt es doch mal Konflikte, sprechen wir darüber.

Im November/Dezember führten wir mit Frau Horst und der ganzen Gruppe ein Projekt über unsere Schüler durch. Wir staunten nicht schlecht, als wir herausfanden, dass Kinder aus 11 verschiedenen Herkunftsländern bei uns lernen. Frau Horst ermutigte uns dann auch noch zur Teilnahme an dem Plakatwettbewerb „Berlin gegen Gewalt“. Wir hatten gleich die Idee, beide Projekte miteinander zu verknüpfen. Unser Plakatmotiv sollte so bunt wie die Vielfältigkeit an unserer Schule sein. Es sollte aber auch ausdrücken, dass wir uns füreinander verantwortlich fühlen und keinen allein lassen. Alle sollen mitgenommen werden.

Nach vielen Entwürfen aller Gruppenmitglieder entschieden wir uns für das Motiv, welches Zoë und ich dargestellt hatten.

Ein Zug stellt die Bewegung, die Entwicklung aber auch die Träume und Hoffnungen unserer Kinder dar. Aber er kommt nicht aus irgendeiner dunklen Ecke, nein, es sind schon die verschiedensten gut gelaunten, zufriedenen Passagiere eingestiegen. Es ist genau so bunt und vielfältig im Zug wie es bei uns in der Schule eben auch ist.

Aber es stehen immer noch Kinder an der Haltestelle. Wir wollen alle mitnehmen. Der Zug wird also dort halten und alle gemeinsam in die Zukunft begleiten. Wir haben darauf geachtet, dieses Thema freundlich und farbenfroh zu gestalten. Und wir wollen auch bei uns in der Schule mit unseren Mitschülern und Lehrern weiter darauf aufpassen, dass Gewalt bei uns keinen Platz bekommt, also nicht in unseren Zukunftszug hinein darf.

Zoë Jaeger und Isabel Jäger, Schülerinnen der Platanengrundschule

„Gewalt soll sich selbst entsorgen“



„Gegen Gewalt in Berlin“ war das Thema des Plakatwettbewerbs, an dem wir vor einigen Monaten teilnahmen.

Gewalt im Allgemeinen ist, meines Erachtens, ein ernst zu nehmendes Thema, welches verlangt, als wichtig erachtet zu werden.

Mit meinem Plakat wollte ich die Leute darauf aufmerksam machen, dass Gewalt kein Thema ist, über das man nicht reden und vor welchem man die Augen verschließen sollte. Ich habe versucht mit meinem Plakat die Ernsthaftigkeit des Themas mit Humor zu verbinden, denn die Macht der Gewalt ist die Angst.

Zur Beschreibung meines Plakats:

Auf diesem sind zwei Wege zu sehen. Der erste Weg führt geradeaus nach Berlin, wo in der Ferne der Fernsehturm zu sehen ist. Der zweite Weg zweigt rechts ab und ein Schild zeigt, dass dieser Weg zur BSR führt.

Ein weiteres, größeres Schild im Vordergrund weist darauf hin, dass Gewalt rechts abbiegen muss und nicht nach Berlin darf.

So wird die Gewalt gezwungen den rechten Weg einzuschlagen und sich so selbst zu entsorgen.

Die Gewalt wird personifiziert in meinem Plakat und macht so deutlich, dass jeder selbst dafür verantwortlich ist, ob er die Gewalt zulässt, oder ob er sie verbannt und vertreibt.

Mit dieser Mischung aus Humor und Ernsthaftigkeit wollte ich besonders die jungen Leute ansprechen, denn die junge Gesellschaft ist unsere Zukunft. Das soll jedoch nicht heißen, dass meine Aussage nicht auch an andere gerichtet ist.

Humor und Offenheit, Bereitschaft zur Hilfe ist da, glaube ich, das beste Mittel gegen die Gewalt anzukämpfen.

Die Aussage meines Plakats soll sein, dass Gewalt nichts in Berlin zu suchen hat und woanders auch nicht!

Clara Köhler, Schülerin der Katholischen Schule St. Marien

„Die Gewaltspirale hat die Farbe Rot“



Im Mai 2008 schlug uns unsere Kunstlehrerin vor an einem Plakatwettbewerb teilzunehmen, bei dem wir ein Plakat entwerfen sollten, das die Aktion „Berlin gegen Gewalt“ unterstützt. Wir waren alle begeistert und wollten unbedingt daran teilnehmen.

Das Motto des Plakatwettbewerbs lautete: Für ein respektvolles Miteinander-gegen Rechts-extremismus-gegen Linksextremismus. Das Anliegen des Plakates sollte ein klares Bekenntnis zur weltoffenen, multikulturellen Gesellschaft sein. Ebenfalls sollte es zur Förderung von Verständnis und Toleranz dienen.

Danach stellte uns unsere Kunstlehrerin die Art des Plakats vor: Die Entwürfe konnten Bilder, Zeichnungen, Fotografien und Collagen enthalten. Außerdem Texte in Form von Titeln und Schlagwörtern, keine Fließtexte.

Weiterhin wurden uns die Bewertungskriterien genannt: der Bezug zum Thema, ein sehr starker Aufforderungscharakter, die künstlerische Qualität und die Aussagekraft des Plakates. Anhand

vieler Beispiele und werbepsychologischer Hinweise lernten wir einiges über die gute Gestaltung eines Plakates.

Nach diesen ganzen Vorbereitungen konnte es nun endlich losgehen. Wir versuchten uns zunächst an einigen Skizzen, bevor wir uns an die eigentliche Gestaltung des Plakates machten. In der folgenden Unterrichtsstunde präsentierten wir dann unseren Mitschülern unsere Entwürfe, damit diese unsere Ideen und Fortschritte sehen und wir uns gegenseitig Ratschläge geben konnten.

Meine Idee war es eine symbolische Gewaltspirale zu zeigen, in der die Wörter Tod, Gewalt und Rassismus auftauchten. Die Gewaltspirale spitzt sich bis zum Wort Tod immer mehr zu, sodass man sehen kann, in was die Gewalt enden kann. Für die Spirale habe ich die Signalfarbe Rot gewählt, da einem diese sofort ins Auge springt und weil diese auch das vergossene Blut symbolisiert. Des Weiteren habe ich die Überschrift „Berlin gegen Gewalt“ gewählt, weil ich diese am treffendsten fand.

Julia Hannack, Schülerin der Katholischen Schule St. Marien.

„Stoppt Extremismus, Homophobie und Rassismus“



Die Idee für mein Plakat bekam ich auf dem Weg zur AGB, durch eine Werbetafel der UNESCO, die sich für Freiheit und Menschenrechte in Dritte-Welt-Ländern einsetzte.

Abgebildet auf dieser Werbetafel war ein kleines Mädchen, welches eine weiße (Friedens-) Taube aus ihren Händen in die Lüfte fliegen ließ. Da kam mir die Idee der Friedenstaube, die zu unserem Thema „Berlin gegen Gewalt“ durchaus passte. Da dieses Motiv auf einem Plakat abgebildet werden sollte, musste ich diese Idee auf das Wesentliche reduzieren, um eine Wirkung auch vom Weiten oder im schnellen Vorbeigehen erzielen zu können.

So kam ich dann auf die Entscheidung meiner Farbwahl, nämlich weiß und blau, die häufig (symbolisch) im Zusammenhang mit Frieden bzw. der Friedenstaube stehen. Der Zweig im Schnabel der Taube, in dessen Blättern die Überschrift des Themas („Berlin gegen Gewalt“) geschrieben steht, ist ein ebenfalls symbolisch als Zeichen der Hoffnung und soll uns quasi den Frieden nach Berlin bringen.

Um nun eine zentrale Absicht bzw. Aussage mit diesem Plakat erzielen zu können, musste ich mich auf einige wenige Probleme aus Berlin beschränken. Da ich schon an einigen Anti-Nazi-Demos und Kundgebungen teilgenommen habe und eine Vorstellung davon erlangte, was Rechts-, aber ebenso Linksextremismus (z.B. der schwarze Block) bedeutet, entschied ich mich für das (allgemein zusammengefasste) Unterthema: „stoppt Extremismus“.

Ein zweites Unterthema wurde die zum Teil starke Abneigung gegen Schwule, die auch in unserem modernem und flippigem Berlin noch existiert, daher hieß dieses: „stoppt Homophobie“.

Da ich seit 18 Jahren in Neukölln lebe und auf eine Grundschule ging, in der ich viele türkische und arabische Freunde hatte, kann ich mit den Vorurteilen über unsere ausländischen Mitbürger

wenig anfangen, besonders wenn sie verallgemeinert und auf die breite Masse bezogen sind. Bei ausländerfeindlichen Bemerkungen muss man sich immer fragen, in wie weit es auch deutsche Mitbürger gibt, die sich nicht korrekt verhalten (und die gibt es!) und ob man das schlechte Verhalten dann noch auf die Herkunft einer Person beziehen kann, denn im Grunde sind wir alle eins: wir sind alle Menschen.

Daher heißt mein drittes Unterthema: „stoppt Rassismus“ und die damit einhergehende Unterteilung nach Aussehen, Sprache, Herkunft etc.

Um diese drei Unterthemen nun auch noch visuell zu gestalten, überlegte ich mir zu jedem Thema ein einfaches Bild, um meine Absicht noch zu verdeutlichen. So entstand also langsam mein Plakat, welches durch Farben (blau/weiß) durch drei Schlagworte(stoppt Extremismus, Homophobie und Rassismus) und durch die dazugehörigen Bilder, erst zum Nachdenken und dann zum Handeln bewegen soll.

Lisa Brunner, Schülerin der Katholischen Schule St. Marien.

Berlin gegen Gewalt



Mein Plakat stellt einen geschlossenen Kreis aus farbig gestalteten Händen dar, wobei die Farben für die verschiedenen Kontinente stehen (vgl. Olympische Ringe):

Blau = meistens für Europa oder alternativ für Australien

Rot = Amerika

Gelb = Asien

Schwarz = Afrika

Grün = meistens für Australien oder alternativ für Europa

Die ineinander greifenden Hände verdeutlichen dabei die Verbundenheit der Menschen verschiedener Herkunft miteinander, was eine fruchtbare Gemeinschaft von Menschen mit verschiedener Lebensweise verdeutlicht. Ein klares Bekenntnis zur weltoffenen, multikulturellen Gesellschaft. Die Hände sind stark vereinfacht dargestellt und weiß umrandet um plakativ zu sein. Der Hintergrund ist schlicht schwarz um die Farben ausdrucksstark zu belassen und die Leuchtkraft zu wahren.

Insgesamt habe ich das Motiv mit Farbstiften gezeichnet. Der Titel „Berlin gegen Gewalt“ greift noch einmal das Grundthema auf und unterstützt die Aussage des Plakats kurz und knapp, um sie für jeden erkenntlich zu machen.

Friederice Gorzynska, Schülerin der Katholischen Schule St. Marien.

„Stopp“ dem Rassismus



„Berlin gegen Gewalt“ mit diesem Slogan begann unsere Kunstlehrerin damals den Unterricht. Die Aufgabe lautete ein Plakat unter dem Thema „Berlin gegen Rassismus“ nach eigenen Ideen zu gestalten. Es war eine große Herausforderung, unter den vielen Einfällen ein spezielles Konzept zu schaffen. Wir begannen mit Skizzen, um uns eine grobe Vorstellung über die äußere Erscheinungsform des fertigen Exemplars machen zu können.

Ich habe mich letzten Endes dafür entschieden, mein Plakat digital am Computer zu gestalten, da ich der Überzeugung war, dass es so anschaulicher wäre.

Um die Aufmerksamkeit der Gemeinschaft zu wecken, hatte ich mich für ein Berlin-Logo entschieden, welches auch den einzelnen Betrachter als Teil der Gemeinschaft ansprechen sollte. Das auffällige Stop-Schild diente als Appell für sofortige Aufmerksamkeit. Denn so wie ein Autofahrer dazu gezwungen ist, bei einem solchen Schild anzuhalten, so sollte auch der Betrachter gegen rassistische Handlungen vorgehen.

Abschließend denke ich, dass das Projekt zwar ziemlich zeitaufwändig war, doch im Großen und Ganzen dazu beiträgt, den Frieden in unserer sozialen Struktur zu festigen.

Igor Humanik, Schüler Katholischen Schule St. Marien.

„Ich habe Angst“



Ich hatte Angst vor den grossen
Kindern in der Schule.
Sie haben mir weh getan
weil ich klein bin.
Ich will, dass alle Kinder
nett sind.

Janosh Becker, Schüler der Christburg-Grundschule

Margarete Loosen-Krämer

Plakat – Wettbewerb „Berlin gegen Gewalt“, Sommer 2008

Am Anfang hatte die Teilnahme an diesem Wettbewerb für mich in erster Linie fachspezifische Gründe: Es ging darum, die Schüler (Profilkurs Kunst / 11. Klasse, 21 Mädchen, 4 Jungen) auf dem Weg der Gestaltung eines Plakates von der Idee bis zum fertigen Produkt zu begleiten, das heißt zu beraten, zu ermuntern, zu kritisieren, zu helfen, zur gegenseitigen Stellungnahme und Hilfe herauszufordern, zu loben.

Exemplarisch sollten gestalterische, bildnerisch-formale Grundfragen wie

Layout

Abstraktionsgrad

Eyecatcher

Verhältnis von Bild und Text

Foto oder Zeichnung

Motto, Schlagwort

Schriftart und -größe etc.

thematisiert und durch praktische Tätigkeit geübt werden.

Da kam der Wettbewerb als Mittel zum Zweck gerade recht!

Aber schon bei der Diskussion über die möglichen Adressaten des Plakats reagierten die Schüler als Betroffene. Sie berichteten von Erfahrungen mit Gewalt und Ausgrenzung, von Erlebtem und Gehörtem, sie reagierten z. T. sehr emotional, und aus der Unterrichtsaufgabe wurde so eine Angelegenheit, die ihnen persönlich wichtig und sinnvoll erschien. Aufmerksam machen, aufklären und warnen – das sollten die wesentlichen Ziele ihrer Plakate sein. Das Engagement „in eigener Sache“ trug über den größten Teil der Arbeit, die sich über mehrere Wochen hinzog (2 Stunden pro Woche).

Schließlich haben 18 von 25 Schülern ihren Plakatentwurf eingereicht.

Mein Kompliment an die Organisatoren des Wettbewerbs: Sie haben ein Thema ausgewählt, das – leider – immer noch hochaktuell ist und der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen entstammt.

Für die Siegerin des 1. Preises der Sekundarstufe II, Livia Ochmann, und auch für uns, die Katholische Oberschule St. Marien, war es eine besondere Ehrung, das ausgezeichnete Plakat auf den Bahnhöfen der BVG ausgestellt zu sehen. Darüber habe auch ich mich sehr gefreut.

Margarete Loosen-Krämer ist Fachleiterin für Kunst an der Katholischen Oberschule St. Marien in Berlin.



Vera Chadour und Rolf Teubner

Bildhaft

Handreichungen für junge Künstler und Pädagogen

„Die Opfer von rechter Gewalt brauchen Unterstützung“: Plakatwettbewerb der Landeskommission Berlin gegen Gewalt / 2. Tsd. - Berlin : Landeskommission Berlin gegen Gewalt, 2005.- Buch, 88 S.: zahlr. Ill. (teilw. farbig)

(Berliner Forum Gewaltprävention ; Nr. 23)

Das Buch enthält die prämierten Plakatentwürfe von Schülerinnen und Schülern Berliner Oberschulen, die im 2. Halbjahr 2004 am Wettbewerb zum Thema „Die Opfer von rechter Gewalt brauchen Unterstützung“ teilnahmen sowie Gedanken zu diesem Thema. Die eindrucksvollen Entwürfe zeigen, dass die Schüler dabei kreativ eigene Erfahrungen mit diesem Thema eingebracht haben. Die rege Beteiligung beweist, dass das Ziel des Plakatwettbewerbs, zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, rechter Gewalt und Übergriffen sowie zum Umgang mit den Opfern anzuregen, erreicht wurde. Zwei Fachbeiträge zum Thema Beratung und Unterstützung von Opfern rechter Gewalt ergänzen den Band.

1989-93 - Thema der Jugendgalerie im U-Bahnhof Samariterstraße / 1. Aufl. - Berlin : Power im Grips, 1995.- Broschüre; 35 Seiten, zahlr. Abb., z. T. farbig;

Dokumentation über das Kunstprojekt „Jugendgalerie im U-Bahnhof Samariterstraße“ zum Thema „1989-93: A Time.Travel“ („Zeitreise“) 1992/93: Aus Anlass der Tötung von Silvio Meier wurde das Projekt „mit Power Im Grips – statt in der Faust“ initiiert mit dem Ziel, gegen die alltägliche Gewalt unter Jugendlichen vorzugehen und Vorurteile gegenüber Jugendlichen abzubauen. Über 100 Jugendliche aus der Gegend gestalteten Entwürfe für die U-Bahntafeln des Bahnhofs, 47 davon wurden in einer Galerie ausgestellt und die besten für die Realisierung ausgewählt. Im Kunsthof Alt-Buch fanden die zweiwöchigen Atelierarbeiten statt. Die Broschüre enthält Abbildungen der realisierten Kunstwerke (Zeichnungen, Graffiti, Airbrush-Werke).

Anders – na und?: Dokumentation zum Karikaturenwettbewerb „Diskriminierung“ / 1. Aufl. - Bochum: Studienkreis, 2002.- Broschüre 48 Seiten

Dokumentation des vierten Karikaturenwettbewerbs von Studienkreis im Jahr 2001 zum Thema „Diskriminierung“. Unter dem Motto „Anders – na und?“ sollten Schülerinnen und Schüler Karikaturen zu Toleranz und Intoleranz, Ausgrenzung und Mitmenschlichkeit anfertigen. Die Broschüre enthält die prämierten Bilder sowie Informationen zu Thema, Wettbewerb und Jury.

Der Löffel meines Vaters: ehemalige Zwangsarbeiter zurück zu den Borsigwerken in Berlin-Tegel ; ein Kunstprojekt / Berlin: .- Blattsammlung, 32 Seiten

Dokumentation des Kunstprojektes „Der Löffel meines Vaters“, das von August bis Oktober 2001 rund um das Einkaufs- und Freizeitzentrum „Hallen am Borsigturm“ in Berlin-Tegel stattfand. An diesem Ort treffen sich heute gerne Jugendliche. Es erinnert wenig daran, dass hier in der NS-Zeit einmal bei der Rheinmetall-Borsig AG auch holländische Zwangsarbeiter schufteten mussten. Mit einem mehrteiligen Kunstprojekt und teilweise unter Einbeziehung von Jugendlichen wollen die Künstler die Bezüge der ehemaligen Zwangsarbeiter, der alteingesessenen Bewohner und der Jugendlichen zu diesem Ort zusammenbringen. Die Künstler arbeiten mit Malerei, Aktionen und einem Internetforum.

Deutschkunde: Karikaturen gegen rechte Gewalt / Berlin: Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Berlin, 2003.- Projektkoffer (Gemeinschaftsarbeit der Opferperspektive Brandenburg e.V., der RAA Berlin u. des Vereins Utopia e.V.)

Die Karikaturenausstellung und das Begleitmaterial bilden die Grundlage, um in Projekttagen oder im Unterricht mit Schülern eine Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus durchzuführen. Zum Projektkoffer gehören ein Didaktischer Leitfaden – Handreichung

für die Schule, Legende zu den Karikaturen der Ausstellung und Materialien zu den o. a. Themen sowie Material für 35 Schüler (Karikaturen, Feldbücher)

Gewalt, Entfaltung, Angst und Geborgenheit in Zeichnungen und Gedichten Potsdamer Schülerinnen und Schüler: Anregungen zur Arbeit im Unterricht / hrsg. von F. Klotz u.a. . - 1. Aufl. - Potsdam : RAA Potsdam, 1996.- Buch, 43 Seiten
(Interkulturelle Beiträge ; 19) ISBN 3-931912-19-

Dokumentation eines Projektes der RAA Potsdam in Zusammenarbeit mit der Sicherheitskonferenz Potsdam: Das Berliner Institut für Lehrerweiterbildung (BIL) initiierte 1990 ein Projekt für Schüler und Lehrer zur Gewaltproblematik in Familie, Schule und Gruppen, zu Gewaltanteilen in zwischenmenschlichen Beziehungen und im sozialen Kontext. Einen Aspekt dabei bildete auch die Überbetonung der Gewalt bei Kindern und Jugendlichen. Die Ergebnisse der Beschäftigung mit dem Thema in Form von Fotoreihen, Collagen, einer Ton-Dia-Schau und Comics wurde in einer Ausstellung mit dem Titel „Echt kraß! – Gewalt in uns – Gewalt um uns – Gewalt“ gezeigt. In den Schulen wurde über die Ausstellung informiert und ein Angebot zur Vorbereitung darauf unterbreitet. Die Broschüre enthält Beispiele der Schülerarbeiten sowie Anleitungen zum Nachmachen.

Graffiti Art # 6: Berlin und neue Länder / hrsg. von O. Röske u.a. . - 1. Aufl. - Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf, 1997.- Buch 157 Seiten; ISBN 3-89602-126-5

Im Buch wird anhand der Abbildungen die Entstehung und Entwicklung der Graffiti-Szene in Berlin und den neuen Bundesländern am Ende der 80er und in den 90er Jahren dokumentiert. Mit den Werken und in Reportagen und Beiträgen lokaler Akteure wird zu Qualität und Bedeutung der Sprayer-Szene eingegangen.

Hartmetz, I.: Fremde Deutsche: Fotografien von Ingrid Hartmetz. Mit Texten von Frank Paulukat / 1. Aufl. - Frankfurt O. : RAA Frankfurt O., 1996.- Buch 45 Seiten (Ein Projekt der RAA)

Ein Katalog mit Porträtfotografien von Aussiedlern in Deutschland und ihrer Lebenswelt, die im Rahmen des Projektes "Fremde Deutsche" der RAA Frankfurt/Oder entstanden sind. Unverwechselbare Züge in den Gesichtern der Porträtierten wecken die Neugier des Betrachters auf diese Menschen und ihre Geschichte. Das Buch enthält eine Einleitung von Dr. Peter Rosenberg (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder) sowie eine Zeittafel zur Geschichte der Russland-deutschen.

Hergeth, A.: Mit Schere und Klebstoff: Zwei Künstler und ein Lehrer machen Projektkunst im Unterricht / von A. Hergeth. - Berlin : 2002.- Artikel 1 Seite
In: zitty - Nr. 18/2002 - S. 24 ; Sign: Z400-ZIT LitNr.: 28292

Im Artikel wird über das in Berlin neue Projekt „Kunst und Lernen im Prozess“ (KliP) berichtet. Der Kunstunterricht wird dabei in einer neuen Form von Kunstlehrer und zwei Künstlern durchgeführt. Mit Prozesskunst, wie z. B. Aktionskunst werden die teilnehmenden Schüler zur Reflektion über sich selbst und ihre Arbeit angeregt.

Herzogenrath, Norbert: „Heimat-Stadt“ – ein interkulturelles, ästhetisches Projekt / von Norbert Herzogenrath. - 1999.- Artikel 2 Seiten;
In: Interkulturelle Beiträge Jugend & Schule - Nr. 3/1999 - S. 21/ 22;

Im Beitrag wird über die ästhetische Projektarbeit im Schülerhaus in Siemensstadt berichtet. In einem Projekt von 18 Jugendlichen der Klasse 8 mit einem Mitarbeiter des Schülerhauses entstanden in Kooperation mit der Kunstlehrerin in Gruppenarbeit großformatige Bilder zum Thema „Heimat“, die anschließend ausgestellt wurden. Das Ziel dieser Projektarbeit bestand darin, die integrative Kraft des gemeinsam organisierten Projektes erfahrbar zu machen.

Kontzi, Kornelia: Das antirassistische Plakat in Deutschland: Analysen an ausgewählten Beispielen unter Berücksichtigung des europäischen Kontextes; Diplomarbeit / von Kornelia Kontzi. – Hildesheim: 2002.- Blattsammlung 59 Seiten;

In der Arbeit wird am Beispiel „antirassistisches Plakat“ die Wirksamkeit von Bildern überprüft. Dabei wird aufgezeigt, dass in der Antirassismus-Arbeit Bilder wirksamer als Argumente sein können, da sie auf der Emotionsebene wirken. Untersucht wurden unterschiedliche Plakate zu diesem Themenbereich, die in den vergangenen fünf Jahren in Deutschland zu sehen waren.

Kreativität statt Gewalt: ein Graffiti-Projekt in Schwedt; Erfahrungen und Bilder / 1. Aufl. - Angermünde: RAA Essen, - Broschüre 16 Seiten (Interkulturelle Beiträge ; 12)

Bericht über eine Graffiti-Projekte in Schwedt 1993, mit dem neben dem Auftreten gegen rechtes Gedankengut die Kreativität der Jugendlichen gefördert werden sollte. Im Projekt wurde Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben, ihr Lebensgefühl mit Graffiti auszudrücken. Diese Kunstform bildete gleichzeitig eine gute Möglichkeit, der Verbreitung von rechten Sprüchen im öffentlichen Raum etwas entgegenzusetzen. Dass kreative Menschen kaum dazu neigen, Gewalt zur Konfliktlösung einzusetzen wird oft ausgeblendet. Kreativ sein heißt, alte Denkgewohnheiten und Ansichten aufzugeben und neue Verhaltensweisen im Umgang mit Problemen auszuprobieren. Mit Beiträgen und einem Interview mit einem Sprayer.

Kunst gegen Gewalt: das Buch zum Wettbewerb / 1. Aufl. - Berlin: Berliner gegen Gewalt u. Intoleranz, Broschüre, 128 Seiten, Abb.

Das Buch präsentiert einen Teil der Wettbewerbsbeiträge junger Menschen bis 25 Jahren (Bilder, Fotos, Gedichte, Aufsätze und Rap-Beiträge), die Herbst 1993 beim Wettbewerb Kunst gegen Gewalt eingereicht wurden. Die besten der zum Teil im Rahmen von Schulprojekten entstandenen Beiträge wurden prämiert. Veranstalter war der Verein „Berliner gegen Gewalt und Intoleranz“. Das Buch zeigt, wie intensiv und kritisch sich Jugendliche mit diesem Thema befassen.

MUTproben: Mit Kunst und Kultur für Demokratie und Toleranz / 1. Aufl. - Remscheid: BKJ, 2002.- Buch, 170 Seiten (Schriftenreihe der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung; Bd. 59)
ISBN 3-924407-73-8

Eine Dokumentation über die Fachtagung „MUTproben“ zum Thema Demokratie lernen in der kulturellen Bildung. Die künstlerische Beschäftigung mit Themen in Filmen, Musik, Bildern und Texten regt dazu an, Einstellungen und Werte zu hinterfragen und zu ändern. Das Buch enthält Praxisberichte sowie Grundlagenbeiträge von Butterwegge, Fuchs, Möller und Wittmann. Es wird aufgezeigt, dass Kulturpädagogik wesentlich zu einer Kultur der Anerkennung und zur Stärkung der Persönlichkeit beitragen kann.

Die Literaturlauswahl wurde zusammengestellt und kommentiert von Vera Chadour und Rolf Teubner, Mediathek der RAA Berlin, im März 2009.

Alle Materialien können in der **Mediathek der RAA Berlin** zu den Öffnungszeiten ausgeliehen werden. Hier ist auch eine Vielzahl weiterer Literatur zu diesem und anderen Themen (gezielte Suche unter www.aric.de/aric/datenbanken) auszuleihen oder einzusehen.

Mediathek der RAA Berlin

Chausseestraße 29
10115 Berlin-Mitte
Telefon 240 45 – 336/120
mediathek@raa-berlin.de

Öffnungszeiten:

Dienstag: 14-17 Uhr
Donnerstag: 9-13 Uhr
oder nach Vereinbarung

Vera Chadour und Rolf Teubner sind Mitarbeiter/innen der Mediathek der RAA Berlin.







Konfliktlotsenteam
Platanengrundschule

Janosh Becker
Christburg-Grundschule





Kristina Kortmann
Ferdinand-Freiligrath-Schule



Ahmed Atwi
Ferdinand-Freiligrath-Schule



Jonas Kammermeier
Ferdinand-Freiligrath-Schule

Hanan El- Mohamad, Hanan Remmo
Ferdinand-Freiligrath-Schule





Esra Dabanoglu

Ferdinand-Freiligrath-Schule



Erkan Ergün, Saffet Özcan
Ferdinand-Freiligrath-Schule

Burcu Bayman
Ferdinand-Freiligrath-Schule





Marcus René Fähnrich

Ferdinand-Freiligrath-Schule

Ali Hassan

Ferdinand-Freiligrath-Schule





Kristina Kortmann
Ferdinand-Freiligrath-Schule

Jessika Mansour
Ferdinand-Freiligrath-Schule





Erkan Ergün
Ferdinand-Freiligrath-Schule

Michele Hasucha, Katja Najvert
Hannah-Arendt-Gymnasium





Ruben Döhner, Tom Kleinschmidt,
Paul Porath, Robin Sohnemann
John-Lennon-Gymnasium



Julius Conrad, Hermann Fleischer
John-Lennon-Gymnasium

Ananda Siml, Milena Gehrt
John-Lennon-Gymnasium





David Kreft, Virgil Zölyom

John-Lennon-Gymnasium

**Isabelle Grégorie, Celine Jünger,
Malu Perlow**

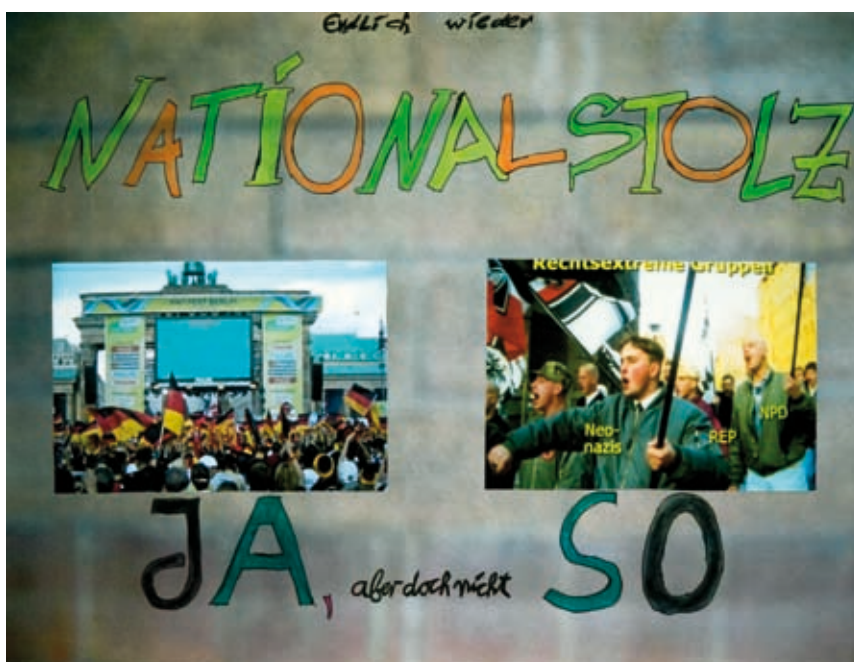
John-Lennon-Gymnasium





**Freya-Camilla Astrup, Lupe Linthe,
Daniela Nagy, Claudia Schmidt**
John-Lennon-Gymnasium

Clara Sander
John-Lennon-Gymnasium





Wodan Günzel, Lucas Köppe

John-Lennon-Gymnasium

**Mia Alvizuri-Sommerfeld, Karoline Gräfin Finck von Finckenstein,
Phoebe-Sophia Jardine**

John-Lennon-Gymnasium





**Maya Larsen, Susann Pfaender,
Julia Rosenkranz, Lisa Werbel**
John-Lennon-Gymnasium

**Paul-Igor Apelt, Brian Baltruschat,
Max Böhm, Tim Brauer**
John-Lennon-Gymnasium





Laura Hudusch, Alecja Pohle

John-Lennon-Gymnasium

Karl Imdahl, Daniel Leyh, Lász6 Preischl

John-Lennon-Gymnasium



BERLIN



GEGEN GEWALT

Sylvia Kepinski
Katholische Schule St. Marien



Alina Eisenberger
Katholische Schule St. Marien

INTOLERANZ

Livia Ochmann

Katholische Schule St. Marien



BETÄUBT DIE SINNE



Nicole Wiczorek

Katholische Schule St. Marien



Friederice Gorzynska
Katholische Schule St. Marien



Igor Humanik
Katholische Schule St. Marien



Marlene Walser

Katholische Schule St. Marien

Christoph Rathke

Katholische Schule St. Marien





Julia Hannak

Katholische Schule St. Marien



Clara Köhler

Katholische Schule St. Marien



Marius Kopetzki

Katholische Schule St. Marien

Lisa Brunner

Katholische Schule St. Marien





Josephin Groth

Katholische Schule St. Marien

Ana-Marija Simic

Katholische Schule St. Marien





Tatjana Kühnel

Katholische Schule St. Marien



Carolin Czechmann

Katholische Schule St. Marien



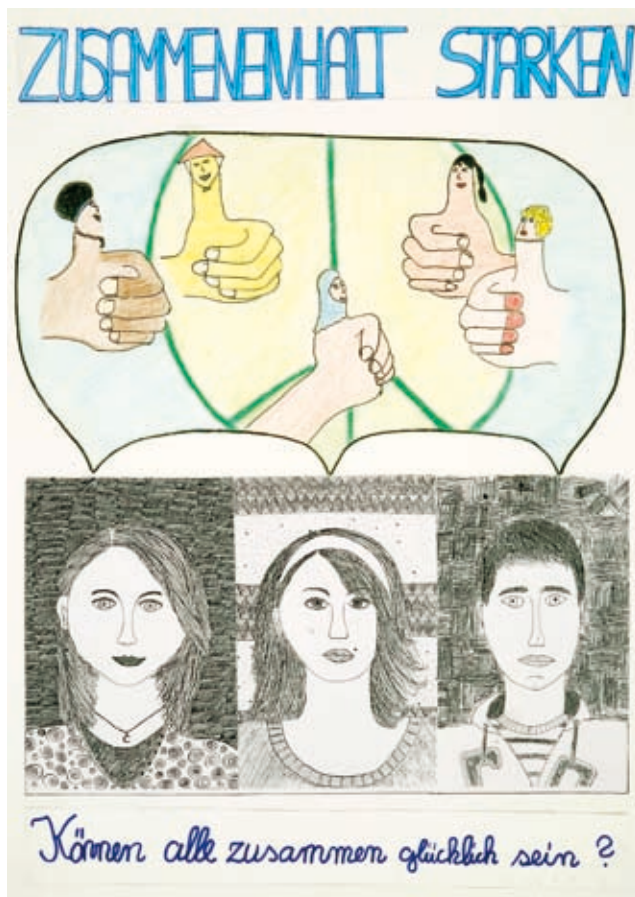
Marion Uster

Katholische Schule St. Marien

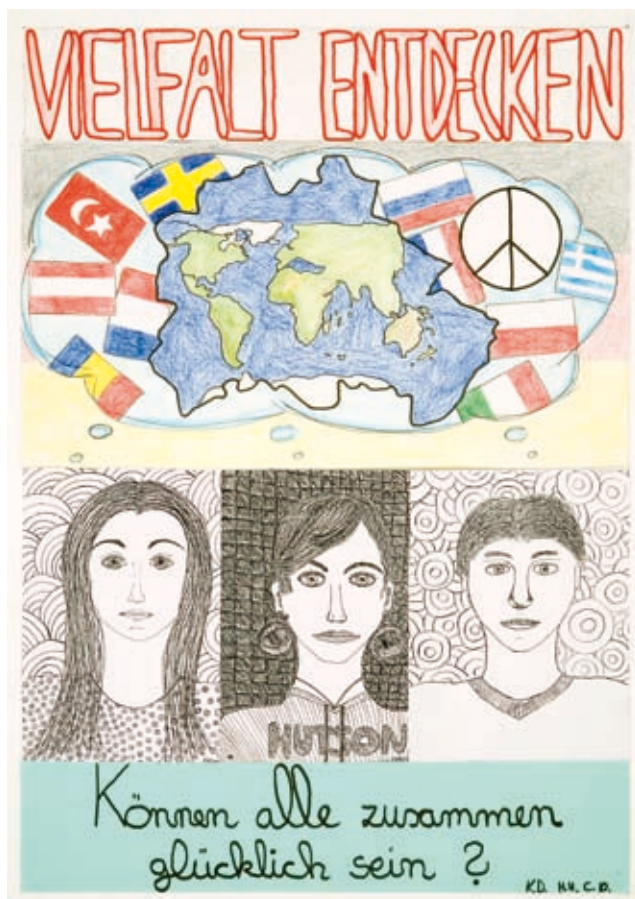


Aileen Seegert

Katholische Schule St. Marien



**Christina Buhl,
Konstantin Olie,
Franziska Scheuermann**
Marie-Curie-Oberschule



**Hannah-Marie Herrmann,
Christian Domagen,
Katharina Domagen**
Marie-Curie-Oberschule



**Julia Gutzmer, Lisa Wendt,
Mattias Zenger**
Marie-Curie-Oberschule



**Iwuchukwu Chinyare,
Marica Doumit,
Lilly Kresinszky**
Marie-Curie-Oberschule



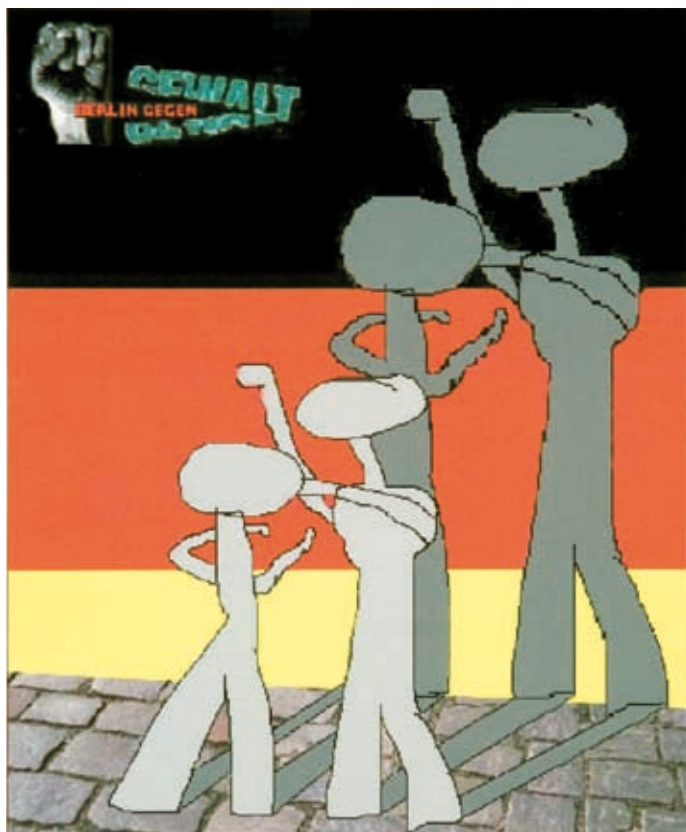
Jodie Josephine Hospodura Reimann
Menzel-Oberschule

Josephine Reimann
Menzel-Oberschule





Jasmin Kozel
OSZ Marcel-Breuer-Schule



**Konstantin Olie,
Franziska Scheuermann**
OSZ Marcel-Breuer-Schule



Martin Bauch

OSZ Marcel-Breuer-Schule

Heike Graupner

OSZ Marcel-Breuer-Schule





Sören Weigert

OSZ Marcel-Breuer-Schule



Manuela Motscha

OSZ Marcel-Breuer-Schule



Tabea Naffin, Felix Reimann
OSZ Marcel-Breuer-Schule

Lando Lange, Jasmin Kozel
OSZ Marcel-Breuer-Schule

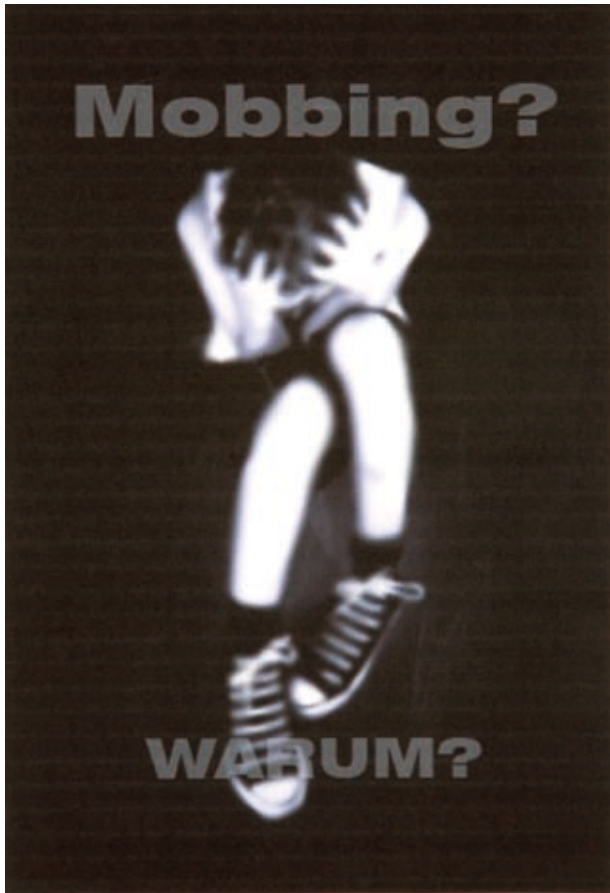




Lando Lange, Jasmin Kozel
OSZ Marcel-Breuer-Schule

Beate Wolter
OSZ Marcel-Breuer-Schule





Eldena Belloff, Lisanne Bieber
OSZ Marcel-Breuer-Schule

Eldena Belloff, Lisanne Bieber
OSZ Marcel-Breuer-Schule





Eldena Belloff, Lisanne Bieber

OSZ Marcel-Breuer-Schule

C. A. Posselt, Janina Schöne

OSZ Marcel-Breuer-Schule





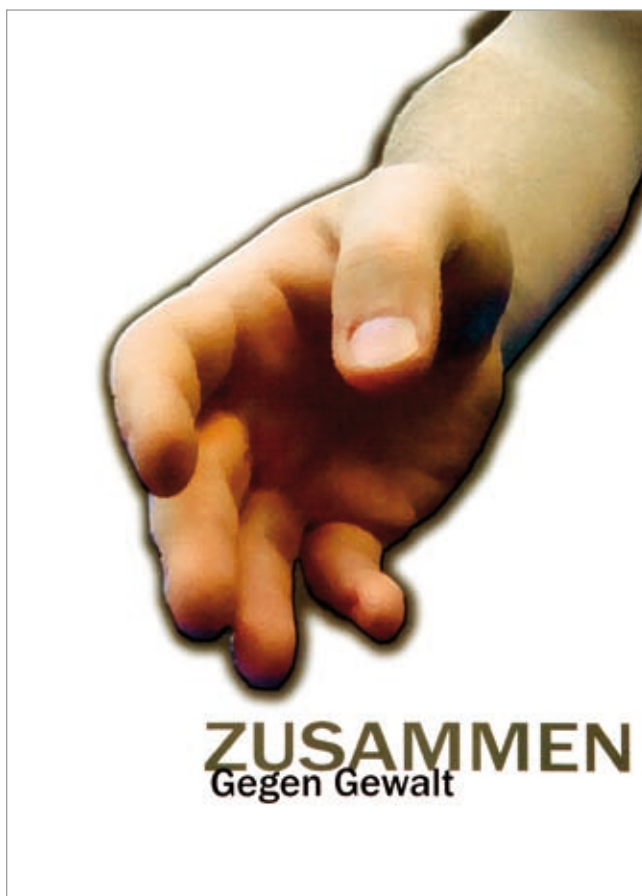
Brigitte Wille

OSZ Marcel-Breuer-Schule



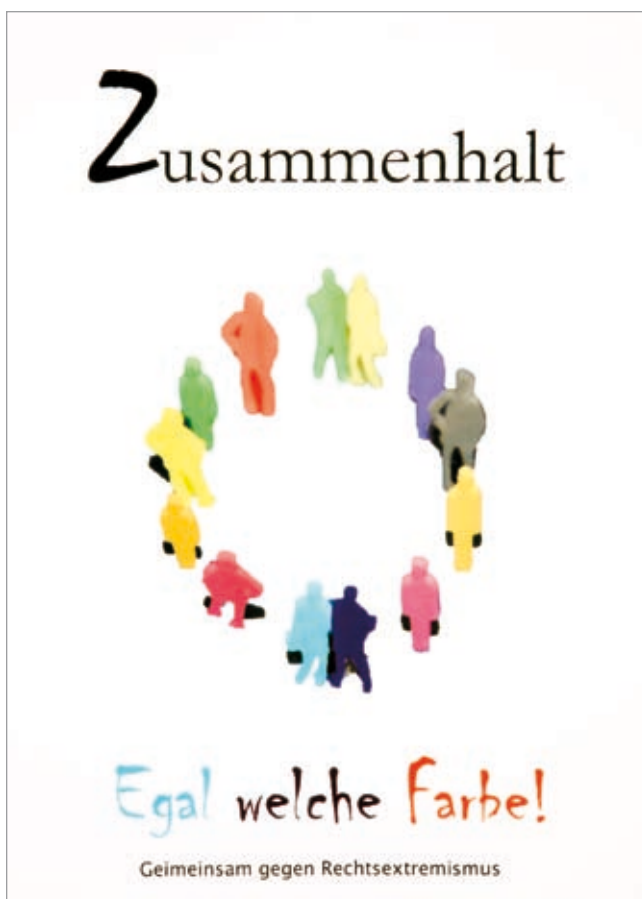
Constanze Richter

OSZ Marcel-Breuer-Schule



Benjamin Köhler

OSZ Marcel-Breuer-Schule



Kara Valtinlu

OSZ Marcel-Breuer-Schule



Luise Sommerfeld
OSZ Marcel-Breuer-Schule

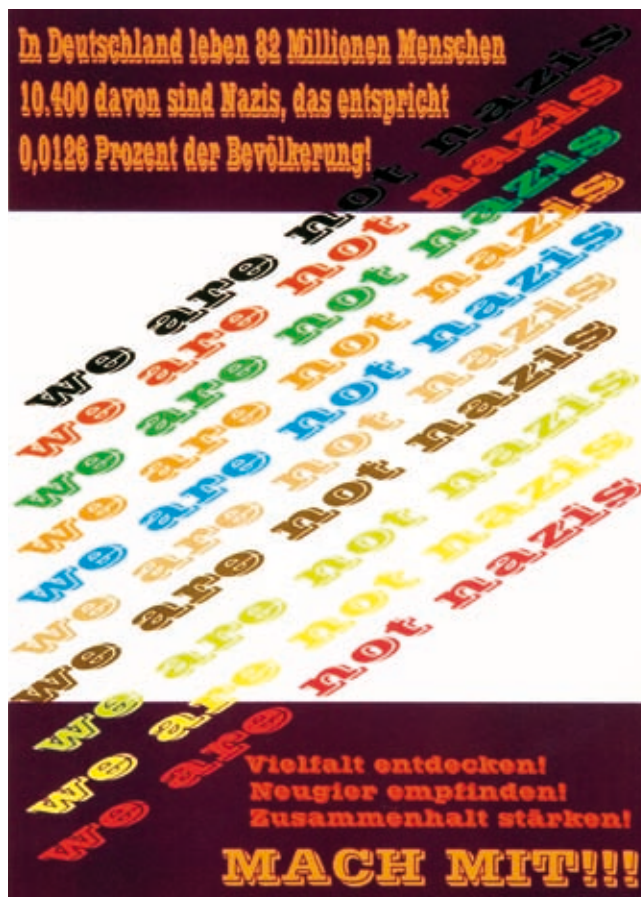


Melanie Kanitz
OSZ Marcel-Breuer-Schule



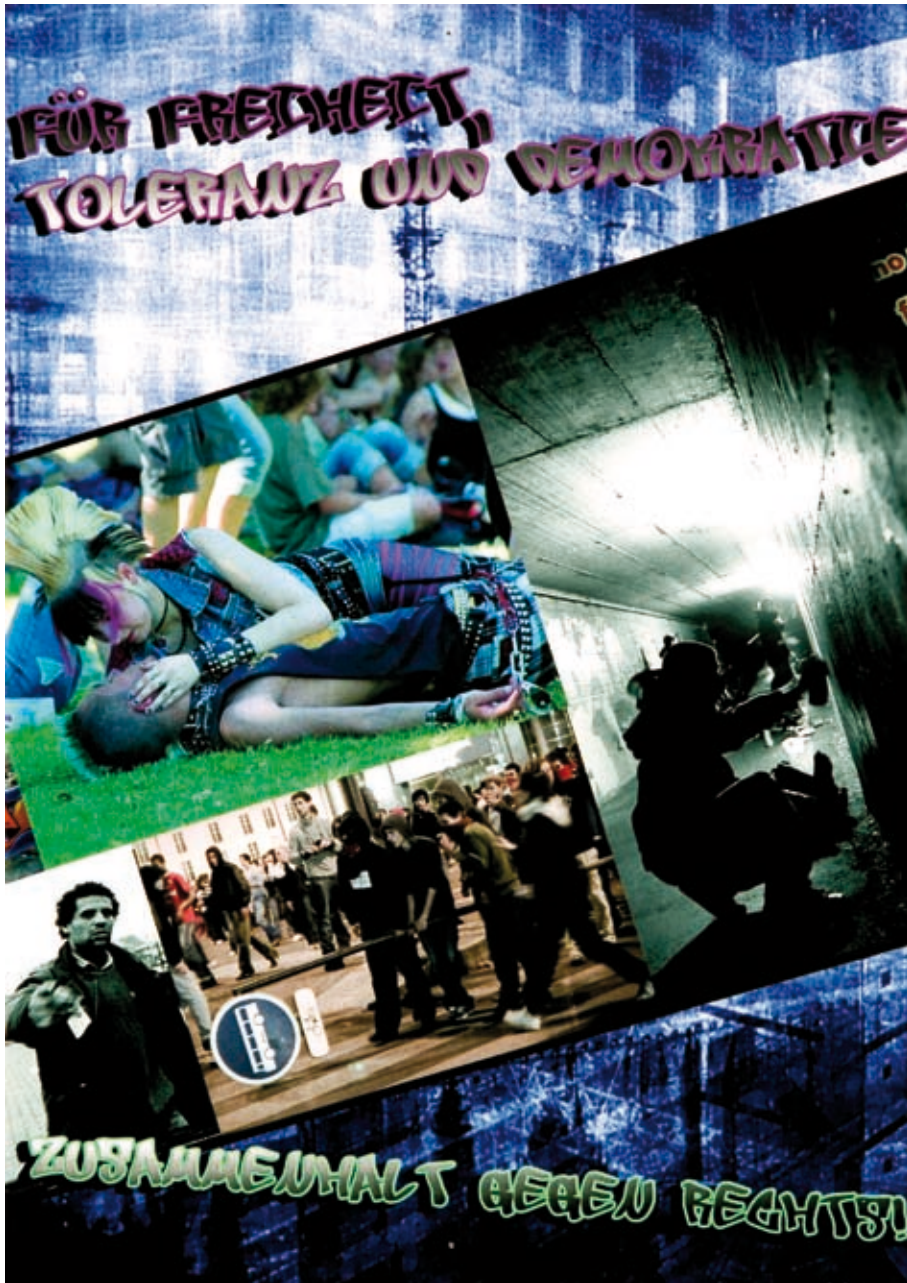
Sina Zimmermann

OSZ Marcel-Breuer-Schule



Stephan Kaiser

OSZ Marcel-Breuer-Schule



Lewin Hubert
Waldorfschule Mitte

Autorinnen und Autoren

Simin Chelopaz Amini

Schülerin der Max-Beckmann-Oberschule, ehemalige Schulsprecherin, zweimalige Preisträgerin beim Wettbewerb Demokratisch handeln; e-mail: Simin_amini@hotmail.com

Dr. Wolfgang Beutel

Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ – Geschäftsführung –, Löbstedter Straße 67, 07749 Jena

Monika Brodehl

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Landesstelle für Gleichbehandlung-Gegen Diskriminierung (Antidiskriminierungsstelle), Oranienstraße 106, 10969 Berlin, Tel.: 9028-2708, e-mail: Monika.Brodehl@SenIAS.Verwalt-Berlin.de

Vera Chadour und Rolf Teubner

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V., Chausseestraße 29, 10115 Berlin, Tel.: 240 45-120, Fax: 240 45-509, e-mail: mediathek@raa-berlin.de

Thomas Härtel

Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, Staatssekretär für Sport bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Klosterstr.47, 10179 Berlin

Jörg Kayser, Hans-Carl Weber

Seminarleiter in den Schulpraktischen Seminaren Reinickendorf (vormals Hauptamtliche Fachseminarleiter für Geschichte,/Politik/Sozialkunde und Bildende Kunst); Jörg Kayser 1.sps-reinickendorf@gmx.de Hans-Carl Weber 6.sps-reinickendorf@gmx.de

Britta Kollberg

Geschäftsführerin der RAA Berlin, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V., Chausseestraße 29, 10115 Berlin, Tel.: 240 45-100, Fax: 240 45-509, e-mail: info@raa-berlin.de

Margarete Loosen-Krämer

Fachleiterin für Kunst an der Katholische Oberschule St. Marien in Berlin

Trille Schünke

Freiwilliges Soziales Jahr beim Kinderring Berlin e.V., Einsatzstelle: Rudolf-Virchow-Oberschule/Schülernetzwerk MuT Kinderring Berlin e.V. Schwedter Str 232-234 10435 Berlin 01512061361, www.mut-netzwerk.de.vu www.fsj-at-school.de Fsj-rudolf-virchow-os@gmx.de

Michael Rump-Räuber

Historiker und Lehrer, Referent für übergreifende Themenkomplexe am Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg, 14974 Ludwigsfelde-Struveshof, Tel.: +49 3378 209-429, Fax: +49 3378 209-232, e-mail: Michael.Rump-Raeuber@lisum.berlin-brandenburg.de

Ute Vialet

Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Tel.: 9027-2916, Fax: 0327-2921, e-mail: Ute.Vialet@seninn.verwalt-berlin.de, www.berlin-gegen-gewalt.de

Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Broschüren
Graffiti – wo liegen die Möglichkeiten und Risiken der Prävention? Dokumentation einer Fachtagung vom 8. Dezember 1995
Der Berliner „Aktionsplan Graffiti“ Ein zuständigkeitübergreifendes Präventionsmodell, 1995
Berliner Modell: Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention, 1996
Aktionsplan Graffiti – Fortschreibung, 1997
Schüler- und Elternbrief Graffiti, 1997
Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen, 1998
Psychische Krankheit bei wohnungslosen Frauen, 1998 Ein ergänzender Beitrag zum Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen
Antidiskriminierungsregelungen in den Bundesländern, 1998
Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Berlin, 1999
„Trainingsangebote zur Gewaltprävention – ein Wegweiser“, 2002
Handreichung für Schule und Jugendhilfe zum Umgang mit Schuldistanz, 2003
Häusliche Gewalt: Präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene -Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten, Initiativen, Strukturen, 2003
Adressen gegen Gewalt, 2004
Empfehlungen der von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe „Schuldistanz“ zum Umgang mit Schuldistanz, 2004
Möglichkeiten für Gewalt- und Kriminalitätsprävention in der Berliner Schule – Informationspaket, 2005
Gewalt der Sprache – Sprache der Gewalt, Prof. Dr. Sybille Krämer, 2005
Integration von Migrantinnen und Migranten – Dokumentation des Open Space am 26./27.09.2006 der Landeskommision Berlin gegen Gewalt und der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2006
Sexuelle Gewalt – Entwicklung und Standortbestimmung eines facettenreichen Themas des Kinder- und Frauenschutzes, Prof. Dr. Barbara Kavemann, 2007
Schreibwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt für alle Berliner Schulen zum Thema „Das ist mir fremd – das war mir fremd – das kenne ich“ – Die Suche nach Wegen zur interkulturellen Verständigung – Die Texte der Preisträgerinnen und Preisträger, 2007
Flyer
Flyer: Elterinformation „Null Bock auf Schule“ zum Thema Schuldistanz, 2003 Deutsch, Russisch, Türkisch, Arabisch,
Flyer: Elterninformation zum Thema: Was tun, wenn Ihr Kind erstmals beim Ladendiebstahl erwischt wurde?, 2004, Deutsch, Türkisch, Russisch, Polnisch, Arabisch, Serbo-Kroatisch
Elternflyer: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter, 2006
Flyer: Selbstdarstellung der Landeskommision Berlin gegen Gewalt zu Zielen, Arbeitsschwerpunkten und Arbeitsweisen, 2007

Plakate

Siegerplakat des Wettbewerbs zum Thema „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus“. Das Plakat richtet sich an die Öffentlichkeit und insbesondere an Opfer von rechts-extremistischen Gewalttaten und entsprechenden sonstigen Übergriffen. Opfer sollen ermutigt werden, sich Unterstützung zu holen, 2004

Siegerplakat des Wettbewerbs für ein respektvolles Miteinander gegen Rechtsextremismus mit dem Titel: „Intoleranz betäubt die Sinne“, 2008

Hefte aus der Reihe Berliner Forum Gewaltprävention (BFG)

Berliner Forum Gewaltprävention Nr.1, 1999

Schwerpunkt: Kommunale Prävention in Berlin

Berliner Forum Gewaltprävention Nr.2, 2000

Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil I

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 3, 2000

„Kriminalität, Gewalt und Gewalterfahrungen von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft in Berlin“ – Dokumentation eines Erfahrungsaustausches 2000

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 4, 2001

Dokumentation des 1. Berliner Präventionstages am 8.11.2000

Schwerpunkte: Kommunale Prävention in Berlin, Schule – Jugend – Gewalt, Beteiligung von Gewerbe und Einzelhandel an der Präventionsarbeit, Beteiligung von Wohnungsbaugesellschaften an der Präventionsarbeit, Beteiligung ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten, Prävention und Polizei, Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 5, 2001

Dokumentation der Tagung „Wer ist fremd?“ am 6. Juli 2000

Schwerpunkt: Binationalität

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 6, 2001

Dokumentation der Tagung „Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz – Projekte und Standpunkte“ am 23. und 24.11.2000

Berliner Forum Gewaltprävention Nr.7, 2001

Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil 2

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 8, 2001

Schwerpunkt: Rechtsextremismus

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 9, 2002

Dokumentation des 2. Berliner Präventionstages am 10.10.2001

Schwerpunkte: Männliche Sozialisation und Gewalt, Rechtsextremismus, Beteiligung – Vernetzung und Prävention, Justiz als Partner in der Prävention, Sport und Gewaltprävention, Kooperation von Polizei und Schule

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 10, 2002

Schwerpunkt: Häusliche Gewalt

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 11, 2003

Dokumentation des 3. Berliner Präventionstages am 14.11.2002

Schwerpunkte: Gewalt in der Erziehung, Kommunale Gewalt- und Kriminalitätsprävention, Männliche Sozialisation und Gewalt, Soziales Lernen in der Schule, Häusliche Gewalt, Rechtsextremismus, Antiaggressionstraining

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 12, 2003

Schwerpunkt: Kriminalitätsoffer

Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 13, 2003

Schwerpunkt: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter – Eine Elterninformation

<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 14, 2004 <i>Schwerpunkt: Schuldistanz</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 15, 2004 <i>Schwerpunkt: 10 Jahre Landeskommission Berlin gegen Gewalt</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 16, 2004 Dokumentation des 4. Berliner Präventionstages am 13.11.03 <i>Schwerpunkte: Prävention und Wirtschaft, Gewalt in der Erziehung, Ressourcen für die Gewaltprävention, Opfer von Rechtsextremismus, Streitschlichtung im Stadtteil, PiT – Prävention im Team, Jugendrechtshäuser und Rechtspädagogik</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 17, 2004 Dokumentation des Workshops zur Jugenddelinquenz – Entwicklungen und Handlungsstrategien – vom 29.04. bis 30.04.2004</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 18, 2004 Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus – Programme, Maßnahmen, Projekte</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 19, 2005 Dokumentation der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Landeskommission Berlin gegen Gewalt „Erziehen für’s Leben – Eltern in der Verantwortung“ am 30.11.2004, Schwerpunkt: Elternkurse</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 20, 2005 Dokumentation der Fachtagung „Engagement erwünscht! Konsequenzen aus Berliner Bezirksstudien und Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz“ am 23. November 2004 in der Friedrich-Ebert-Stiftung <i>Schwerpunkt: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 21, 2005 Dokumentation des 5. Berliner Präventionstages am 3.11.2004 <i>Schwerpunkte: Gewalt der Sprache, Antisemitismus, Prävention und Medien, Intensivtäter, Präventionsräte für alle Berliner Bezirke?, Communities von Bürger/innen nichtdeutscher Herkunft und Gewaltprävention, Prävention im Internet</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 22, 2005 Soziales Lernen in der Berliner Schule – Grundlagen, in Unterricht und Schulleben, Lernprogramme</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 23, 2005 Plakatwettbewerb der Landeskommission Berlin gegen Gewalt „Die Opfer von rechter Gewalt brauchen Unterstützung“</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 24, 2006 Dokumentation des 6. Berliner Präventionstages am 24. November 2005 <i>Schwerpunkt: Männlich Sozialisation und Gewalt</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 25, 2006 Dokumentation der Tagung „Häusliche Gewalt gegen Migrantinnen am 22.2.2006“</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 26, 2006 <i>Schwerpunkt: Intensivtäter Teil I – Ergebnisse der Analyse von „Intensivtäterakten“ der Staatsanwaltschaft Berlin</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 27, 2007 Dokumentation der Fachtagung „Das jugendliche Opfer“ vom 28. September 2006</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 28, 2007 Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin – Bericht und Empfehlungen einer von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 29, 2007 Dokumentation des 7. Berliner Präventionstages am 01. November 2006 <i>Schwerpunkt: Psychische Gewalt</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 30, 2007 Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus – Forschungsbericht des Zentrums für Antisemitismusforschung, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus an der TU Berlin</p>

<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 31, 2007 Schreibwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt „Das ist mir fremd. Das war mir fremd. Das kenne ich. – Die Suche nach Wegen zur interkulturellen Verständigung“</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 32, 2007 Dokumentation der Tagung „Männliche Sozialisation und Gewalt - Geschlechtsbewusste Arbeit mit Jungen: Kita, Schule, Jugendhilfe, Familie, Sport am 29. und 30.08.2006</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 33, 2007 Intensivtäter in Berlin - Teil II Ergebnisse der Befragung von „Intensivtätern“ sowie der Auswertung ihrer Schulakten</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 34, 2007 SCHLAGWORT Integration – Junge Zuwanderer und Gewalt in Berlin Dokumentation der Tagung am 27. und 28. August 2007 <i>Schwerpunkt: Gewalt von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund in Berlin</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 35, 2008 Dokumentation des 8. Berliner Präventionstages am 31. Oktober 2007 <i>Schwerpunkte: In Würde aufwachsen (Prof. Dr. Klaus Hurrelmann), Stärkung von Erziehungskompetenzen, Frühe Hilfen, Zusammenarbeit von Eltern und Schule, Erziehungspartnerschaften, Koordinierter Kinderschutz</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 36, 2009 Dokumentation des 9. Berliner Präventionstages am 14. Oktober 2008 Schwerpunkt: Kinder- und Jugenddelinquenz</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 37, 2009 Plakatwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt für ein respektvolles Miteinander gegen Rechtsextremismus „Vielfalt entdecken. Neugier empfinden. Zusammenhalt stärken. Mach mit!“</p>

Alle Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt können unter www.berlin-gegen-gewalt.de herunter geladen werden oder bestellt werden bei der

Landeskommision Berlin gegen Gewalt
Klosterstr. 47, 10179 Berlin
Tel.: 9027 2913, Fax: 9027 2921



ZUSAMMENHÄNGEN SIND



UNTERSCHIEDLICHE FARBEN



GLEICHES POTENZIAL



BERLIN GEGEN



GEWALT



FÜR ALLE!



Berlin steht Gewalt nicht



Gewalt beginnt mit Worten!



Gewalt beginnt mit Worten!



Gewalt



FÜR ALLE!



ZEIT für ein MITEINANDER



Offen für ALLE



Waffen zu Blumen!



TOLERANZ



Stoppt Extremismus



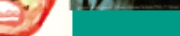
Rassism



Waffen zu Blumen!



TOLERANZ



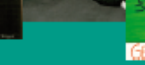
Gewaltspirale stoppen!



Gewaltspirale stoppen!



Gewaltspirale stoppen!



Unter dem Stein

GE